Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

198 (20.7.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in uns. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 32.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 35.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 35.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 35.— monatlich. Einzelverkauf Werktags 1.50 Sonntags 2.— Mk.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Rittersir. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— Mk.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 8 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Rittersir. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 198. — Donnerstag, den 20. Juli 1922 — Erstes Blatt.

Nach dem Sturm.

Von Dr. Richard Jügler.

Eine der innenpolitisch bewegtesten Perioden der Nachrevolutionszeit liegt hinter uns. Tiefer als die Ermordung Erzbergers hat die Tötung Rathenaus in das politische Gefühlsleben des deutschen Volkes eingegriffen. Um die Person Erzbergers hatte man sich zu seinen Lebzeiten gestritten, der Mensch Rathenau aber stand hoch über jeder persönlichen Anfeindung. Umso gewaltiger war die Empörung über die feige Tat, die dem Deutschen Reiche einen seiner fähigsten Köpfe, einer greisen Mutter den edlen Sohn nahm. Leider wurde dieses objektiv berechtigte, darum heilige Gefühl der Erregung von den immerbereiten Marodeuren des politischen Kampffeldes dazu benützt, um, in schwerster Versündigung an dem Geiste Rathenaus, die Empörung Aller gegen die Mörder und deren rechtsradikale Organisation zum Ausgangspunkt einer demagogischen Hetze gegen alles Bürgerliche zu machen. Als es gelungen war, die natürliche Erregung in eine falsche, künstliche Bahn zu zwingen, als man es erreicht hatte, daß im Lande gestürmt und geplündert, bürgerliche Abgeordnete und um die Republik verdiente Reichswehroffiziere mißhandelt wurden, da zog man den verborgenen Dolch aus dem Gewande und forderte, angesichts jener umgeleiteten Erregung im Lande, die entschiedene Linksorientierung der deutschen Innenpolitik, die Aufnahme von unabhängig-sozialistischen Politikern in die Reichsregierung. Der Ansturm, mehrfach wiederholt, dauerte zehn Tage lang und ist nun, für einige Monate wenigstens, abgeschlagen. Die einzelnen Phasen des Kampfes sind in diesem Blatte wiedergegeben worden. Rückblickend bleibt heute nur noch übrig, zu sagen, daß das Hauptverdienst um die Vermeidung der Katastrophe sich, wie schon oft in den letzten 3 Jahren, der Reichspräsident erworben hat. In klarer Erkenntnis der Gefahren, die dem Reiche im Falle einer Regierungskrise und einer Reichstagsauflösung drohten, besiegte Ebert die Widerstände in der eigenen Partei und veranlaßte Gewerkschaften und U.S.P., auf den Siegespreis ihres erbitterten Kampfes zu verzichten. Erst die Geschichte wird einst überblicken können, was das Reich diesem in seinem hohen Amt politisch längst abgeklärt gewordenen Staatsmann zu verdanken hat.

Der Ansturm von links ist abgeschlagen, aber die erste Begleiterscheinung der Erkenntnis, daß die Niederlage nicht mehr zu vermeiden sei, war die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, des parlamentarischen Zusammengehens der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen. Seit Montag ist die Rede davon, daß die Parteien ganz in einander aufgehen sollen, und es wird immer bestimmter versichert, daß der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt am 17. Oktober eine sozialdemokratische Partei von 180 Mitgliedern sehen würde. Eine mächtige Partei von großer Stoßkraft wäre dann geschaffen, die gewiß nicht mit ihrem bisherigen Einfluß auf die Reichsregierung sich zufriedengeben würde. Aber vorläufig muß man doch dieser von den Rechtssozialisten besonders lebhaft vorgetragenen Hoffnungsfreudigkeit etwas Skepsis entgegenbringen. So groß die vereinigte Sozialdemokratie dann wäre, so weit würden dann auch die Gegensätze nach wie vor in ihr klaffen, Gegensätze, die nicht in der Verschiedenartigkeit der Ansicht über dieses oder jenes politische Teilproblem bestehen, sondern Gegensätze, die in der Weltanschauung, in dem politischen Wesen dieser sozialistischen Antipoden begründet liegen. Ebert, oder Löbe, oder Noske, oder August Müller auf der einen Seite, und Levi, oder der Ich-kenne-kein-Vaterland-Crispien, oder Ledebour, oder der Zehngebote-Hoffmann auf der anderen Seite! Wer glaubt, daß diese unermeßlichen Gegensätze, daß Freisinn und blinde Demagogie durch eine Parteidisziplin sich unter eine Haube bringen ließen?

Auf der bürgerlichen Seite ist man gerade in dieser Beziehung wesentlich vorsichtiger. Schon in der ersten Sitzung, in der zwischen den Führern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei die Bildung der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft als Gegengewicht gegen den Linksblock grundsätzlich beschlossen wurde, betonte der Zentrumsführer Marx geflissentlich, daß von mehr als einer bloßen Arbeitsgemeinschaft im Parlament keine Rede sein könne, und daß etwa an eine Verschmelzung der beteiligten Parteien nicht im entferntesten gedacht werden könne. Das heißt: Vor allem werden bei den Gelegenheiten im Reichstage, bei denen die Sozialdemokraten aller Schattierungen geschlossen auftreten, auch die bürgerlichen Parteien der Arbeitsgemeinschaft geschlossen auftreten. Ihr Ziel wird es ferner ganz besonders sein, bei dem für den Herbst zu erwartenden Versuch des Linksblocks, seinen Einfluß auf die Lenkung der Geschichte des Reiches zu vermehren, in breiter Front und mit gleicher Stimmenzahl die Interessen des Bürgertums zu wahren. Das Gleichgewicht, das dann zwischen Mitte und Links hergestellt wäre, könnte zum Uebergewicht der Mitte werden, wenn es gelänge, bis dahin die Bayrische Volkspartei in die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft einzubeziehen. Vor der Abstimmung über das Gesetz zum Schutz der Republik war das, bei dem spezifisch bayrischen Standpunkte, den diese Partei dem Gesetze gegenüber vertrat, schlecht möglich. Nach der Abstimmung aber sollte nichts unterlassen werden, um sich die Mitarbeit dieser reichstreuen Partei zu sichern. Außerhalb der Arbeitsgemeinschaft steht ferner die Partei der Deutschnationalen. Sie ist von der ihr nächststehenden Partei, der Deutschen Volkspartei, nicht zur Mitarbeit aufgefordert worden. Die Partei Stresemanns hat deshalb Vorwürfe von den Deutschnationalen hören müssen. Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei kommt, als Antwort, in einem offiziösen Artikel der „Nat. lib. Corr." zum Ausdruck. Das Parteiorgan deutet auf die schweren Kämpfe hin, die in den letzten Wochen im Anschluß an die Ermordung Rathenaus innerhalb der Deutschnationalen Reichstagsfraktion getobt haben. Es ist der Initiative der Gemäßigten (unter der Führung von Düringer und Hoetzsch) nicht gelungen, den rechten deutschvölkischen Flügel der Partei abzustoßen, der die verfassungswidrige Gewalttat nicht verwirft. Solange die Deutschnationale Partei nicht scharf die Grenze zwischen sich und jener Gruppe gezogen habe, so sagt das Organ der Deutschen Volkspartei, könne die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft nicht erwogen werden.

So hat der Sturm, den wir hinter uns haben, doch ein Ergebnis gehabt: Die innenpolitische Klärung. Zur Rechten und zur Linken eine zusammengeschmolzene Opposition, in der Mitte zwei mächtige Blöcke. Jeder als einzelner ist zu schwach, eine Regierung zu tragen. Sie sind aufeinander angewiesen. Das wird das Charakteristikum der zukünftigen deutschen Innenpolitik sein.

Neues Verlangen nach Finanzkontrolle.

Forderungen der Finanzkontrollkommission.

t. **Berlin, 19. Juli. (Drahtb.) Die Garantiekommission, die zur Kontrolle der deutschen Finanzlage seit 14 Tagen in Berlin weilt, hat, bevor sie gestern abend die Rückreise nach Paris antrat, um der Reparationskommission über die Verhandlungen mit der Reichsregierung Bericht zu erstatten, ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, worin sie als Ergebnis der Beratungen gewisse Forderungen zusammenstellt. Reichsfinanzminister Dr. Hermes berichtete im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der heute früh tagte, über die Forderungen der Garantiekommission. Der Reichskanzler gibt bekannt, daß die Behauptung, die Garantiekommission hätte die Bewilligung der deutschen Forderung um Stundung der Goldmarkzahlungen von der pfandweisen Ueberlassung der deutschen Industrieaktien abhängig gemacht, falsch sei.**

*

Der Auswärtige Ausschuß trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich über die Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Garantiekomitee zu beraten. Fast alle Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses waren erschienen; auch Reichstagspräsident Loebe wohnte der Sitzung bei. Den Vorsitz bei den Verhandlungen führte Abg. Dr. Stresemann. Vom Reichskabinett nahmen Reichskanzler D. Wirth, Vizekanzler Bauer, Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsfinanzminister Dr. Hermes teil. Vom Auswärtigen Amt war Staatssekretär Haniel anwesend, ebenso eine sehr große Anzahl von Vertretern der einzelnen Länder. Der Ausschuß nahm zunächst den Bericht Dr. Hermes über die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee entgegen, vertagte aber dann die Aussprache darüber bis zur nächsten Sitzung am Freitag.

b. **Berlin, 19. Juli.** (Eig. Drahtb.) In diesem Brief des Garantiekomitees ist jener genau durchgearbeitete Plan der geforderten Kontrollmaßnahmen enthalten, über den französische Zeitungen bereits vor einigen Tagen berichteten. Es muß hervorgehoben werden, daß diese Maßnahmen, die in diesem Briefe gefordert werden, nicht als Sicherheiten für ein Moratorium, sondern als Kontrollmaßnahmen verlangt werden. Der Brief zählt diese Maßnahmen einzeln auf, und zwar gesondert die Maßnahmen zur Etatsüberwachung, zur Kontrolle der deutschen Ein- und Ausfuhr, zur Verhinderung der Kapitalflucht. Da der Brief der Garantiekommission nur in französischem Text und noch nicht in deutscher Uebersetzung vorlag, stellten sich die meisten Mitglieder des Ausschusses auf den Standpunkt, daß eine maßgebliche Erörterung dieser schwerwiegenden Angelegenheit nur stattfinden könne, wenn das Schreiben der Garantiekommission dem Ausschuß im deutschen Wortlaut bekannt sei. Aus diesem Anlaß wurde die Aussprache über den Bericht des Ministers bis Freitag vertagt.

Die Schikanen des Generals Nollet.

Berlin, 19. Juli. General Nollet verlangt seit langer Zeit eine Statistik über das gesamte deutsche Kriegsmaterial, welches nach Abschluß des Waffenstillstandes sich noch in unserem Besitz befand. Er braucht sie zu einem Vergleich mit den Waffen, die abgeliefert wurden.

Hierzu wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Wir haben ihm immer wieder erklärt, daß eine solche Statistik in zuverlässiger Weise nicht aufgemacht werden könne, denn wir wissen nicht, was damals im Besitze deutscher Stellen vorhanden gewesen und was während des Rückmarsches im Westen und Osten verloren gegangen oder in die Hand der Zivilbevölkerung gekommen ist. Ein Kontrolloffizier hat im Spandauer Archiv Akten der früheren Abnahmekommission gefunden. Er glaubte, daß diese Akten als Unterlage für die Statistik von Bedeutung sein könnten und verlangte deren Durchsicht. Auf seinen Wunsch sagte ihm der zuständige deutsche Offizier zu, diese Akten sollten bis zum nächsten Tage liegen bleiben. Inzwischen hatte das Reichsschatzministerium eine Untersuchung über den Fall Rockstroh eingeleitet, und die Beschaffung dieser Akten noch vor dem Besuche des Kontrolloffiziers angeordnet. Gerade an diesem Tage kam der Befehl, die Akten nach Berlin zu schaffen. Der Kontrolloffizier fand sie also am nächsten Tage nicht mehr vor, worin General Nollet einen Versuch erblickt, ihm die Akten zu entziehen. Die Akten können in Berlin eingesehen werden, wenn die Kontrollkommission überhaupt das Recht hat, Akten zu verlangen, was, abgesehen von diesem Falle, diesseits grundsätzlich bestritten wird. General Nollet konstruiert natürlich einen neuen Obstruktionsfall. Unser Bemühen geht aber dahin, der Kontrollkommission nach Möglichkeit keinerlei Schwierigkeiten zu machen.

Kein Verständnis für unsere Kohlennot.

Köln, 19. Juli. In einem Artikel der „Köln. Ztg." über die Kohlennot und den Kohlenpreis heißt es, daß die Verbandsmächte, wie das Blatt hört, es abgelehnt haben sollen, englische Kohlen anstelle der rückständigen Wiederherstellungskohle anzunehmen und sich nach den Vorstellungen der deutschen Note über die Schwierigkeiten der deutschen Kohlenversorgung gegenüber sich durchaus ablehnend verhalten. Wenn überhaupt mit einer Minderung der deutschen Kohlenleistungen gerechnet werden könne, was noch fraglich sei, so werde es sich um so geringfügige Zugeständnisse handeln, daß sie an unserer schwierigen Lage kaum etwas ändern können. Insbesondere verharren die Verbandsmächte auf der vorzugsweisen Lieferung von Koks und Kokskohle mit tiefeinschneidenden Rückwirkungen auf die gesamte deutsche Industrie.

Spaltung in der Deutschnationalen Partei.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die innerpolitische Krise, als Folge der Ermordung Rathenaus, ist nicht ohne Einfluß auf die Deutschnationale Partei geblieben. Auf dem linken Flügel dieser Partei hat es schon seit geraumer Zeit Abgeordnete gegeben, die der scharfen Agitation des deutsch-völkischen Flügels, aus der heraus, — wie selbst weit rechtsstehende Politiker zugeben, — die Atmosphäre für politische Gewalttaten entstand, durchaus abgeneigt sind. Die Bedenken dieser Abgeordnetengruppe, die von dem Abg. Dr. Düringer geführt wird, übertrugen sich auf viele andere Mitglieder der Reichstagsfraktion. Es war eine Zeitlang die Rede davon, daß der ganze rechtsradikale deutsch-völkische Flügel zur Trennung gezwungen würde. Das trat nicht ein. Die Reichstagsfraktion hat sich vorläufig damit begnügt, gestern einen der prominentesten Abgeordneten dieses Flügels den Major Henning aus der Partei auszuschließen, nachdem dieser Abgeordnete von seinem eigenen Wahlkreis desavouiert worden war. Man kann annehmen, daß dem Abg. Henning noch andere ihm politisch nahestehende Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion freiwillig folgen werden. Darauf deutet ein außerordentlich scharf gehaltener Artikel des „Deutschen Tageblattes" hin, das bekanntlich von dem Reichstagsabg. Wulle herausgegeben und von dem Grafen Reventlow redigiert wird. Das Wulle-Blatt, das Organ der Deutschvölkischen, sagt, die deutsch-völkische Bewegung werde sich mit dem „Brüskierten" in weitestem Umfange solidarisch erklären: die Deutschnationalen werden schwankende Gestalten genannt, die Aktion der Reichstagsfraktion gegen Henning wird als Verbeugung gegen links bezeichnet, die aus dem Wunsch entstanden sei, in die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft aufgenommen und vielleicht sogar für einen Ministersessel würdig gefunden zu werden. Das Wulle-Blatt begrüßt den Beschluß des Parteivorstandes als „den ersten Schritt auf dem Weg einer längst notwendigen reinlichen Scheidung der Geister". Es fügt hinzu, daß schon einmal zwischen den völkischen und Männern wie den Abg. Düringer und „dem roten Grafen", — gemeint ist wohl der Abg. Westarp — ein Abgrund der Weltanschauung geklafft hätte.

In diesem Zusammenhang ist die Meldung des „Vorwärts" von Interesse, wonach der Abg. Dr. Düringer mit einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Löbe gestern seinen Austritt aus der deutschnationalen Fraktion offiziell mitgeteilt habe. Da der „Vorwärts" dem Reichstagspräsidenten nahesteht, dürfte diese Meldung authentisch sein. Düringer hätte also denselben Weg beschritten, den vor ihm schon die Abg. von Kardorff und Frl. Giercke genommen haben. Man darf gespannt sein, was die Deutschnationale Volkspartei zu diesen Vorfällen durch ihre Presse sagen wird.

Abg. Düringer aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten.

Berlin, 19. Juli. Nach einer Meldung des „Vorwärts" hat heute der Abg. Düringer dem Reichstagspräsidenten Löbe seinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei mitgeteilt. Abg. Düringer, Minister a. D., zählt zu den badischen Reichstagsvertretern.

Der Reichswehrminister wehrt sich.

t. **Berlin, 19. Juli.** (Drahtber.) Wie erinnerlich, haben vor wenigen Tagen die Kasseler Mehrheitssozialdemokraten, Demokraten und das Zentrum an den Reichswehrminister einen Brief gerichtet, in dem lebhafte Vorstellungen dagegen erhoben worden sind, daß am Tag nach dem Begräbnis Dr. Rathenaus die Reichswehr mit klingendem Spiel durch die Stadt Kassel marschierte. Man erblicke in dieser Handlung eine Provozierung der Republik. Die Telegraphen-Union kann heute die Erwiderung des Reichswehrministers mitteilen, die folgenden Wortlaut hat:

„Auf das Schreiben der Kasseler Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums über den Durchmarsch der Truppen am 28. Juni beehre ich mich, folgendes zu erwidern: Die Annahme ist falsch, daß das Spielen der Musik vor einer marschierenden Truppe ein festlicher Akt, etwa wie ein öffentliches Konzert sei. Die Musik ist ein Teil der Truppe und hat die dienstliche Bestimmung, ihren Geist zu beleben, um dadurch ihre Marschfähigkeit zu heben. Das ist namentlich bei einem langen und anstrengenden Marsch notwendig, wie ihn das Infanterieregiment 18 am 28. Juni zurücklegte. Auch bei der Rückkehr von Truppenteilen von Beerdigungen hat die Musik die üblichen Armeemärsche zu spielen. Noch bei keinem Fall öffentlicher Trauer ist dieses rein dienstliche Spielen der Marschmusik untersagt worden. Am 28. Juni fanden aber in Kassel Theateraufführungen, Konzerte und dgl. ohne Einschränkungen statt. Es lag also durchaus kein Grund vor, der Truppe das Spielen der Armeemärsche zu versagen. Der Durchmarsch wurde von den militärischen Dienststellen keiner Zeitung vorher mitgeteilt. Wenn bemängelt wird, daß die Truppe keine Fahne in den Reichsfarben getragen hat, so ist dazu zu sagen, daß die Reichswehr überhaupt keine tragbaren Fahnen irgendwelcher Art besitzt. Durch die Kokarden und Uniformen ist die Zugehörigkeit zur deutschen Republik genügend kenntlich gemacht. Die Unwahrheit der Nachricht über das Führen der früheren Reichsfarbe durch die in Oberschlesien einrückenden Truppen habe ich schon öffentlich festgestellt und gegen die Blätter, die daran Beleidigungen der Reichswehr geknüpft haben, Strafantrag gestellt. Das Wiederaufgreifen dieser Verleumdung ist umso bedauerlicher, als die Truppen in Oberschlesien überall mit der größten Begeisterung begrüßt worden sind und ihr Auftreten den lebhaften Beifall aller Kreise gefunden hat. Dadurch ist die Annahme, daß das Verhalten der Truppen beim Durchmarsch in Kassel eine politisch gegen die Republik gerichtete Demonstration dargestellt habe, vollständig unbegründet. Die Truppen haben sich korrekt und ihren Vorschriften entsprechend benommen. Umsoweniger kann ich es verstehen, daß aus diesem Anlaß die drei Regierungsparteien schwere Verdächtigungen gegen die Reichswehr und maßlose Forderungen erhoben haben. Ich muß es aufs tiefste bedauern, daß es gerade Angehörige der Regierungsparteien sind, die Maßnahmen vorschlagen, die die Offiziere der Reichswehr schwer kränken und erbittern müssen, die Politik erneut in die Truppen hineinzutragen und die Manneszucht zu untergraben.

gez. Dr. Geßler."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Zum Selbstmord der Rathenau-Mörder.

Berlin, 19. Juli. Die Mörder Rathenaus, Kern und Fischer, sind, wie das „Berl. Tageblatt" vermutet, auf folgende Weise auf die Burg Saaleck als Zufluchtsstätte gekommen: Als Kern Oberleutnant Dittmar aus dem Gefängnis befreit hatte, spionierte er die Burg als Unterschlupf für Dittmar aus. Dittmar verbarg sich daselbst längere Zeit. Deshalb dürften sich Kern und Fischer ebendahin begeben haben, als sie keinen Ausweg wußten. Die Rolle, die der Bewohner der Burg, Dr. Stein, seinerzeit gespielt hat, als sich Dittmar auf der Burg verborgen hielt, und auch jetzt, als die beiden Rathenaumörder dort Unterschlupf fanden, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Jedenfalls wird er der Mitwisserschaft oder der Begünstigung beschuldigt. Der Verdacht besteht, daß Stein genau wie damals, jetzt wieder eine Reise angetreten hat, um den Anschein zu erwecken, daß er von der Anwesenheit der Mörder auf der Burg nichts gewußt habe. — Im Laufe des Montag nachmittags zeigten sich die Belagerten mehrere Male an den Burgfenstern und wurden von den Beamten beschossen. Dabei scheint Kern durch einen Schuß verwundet worden zu sein und ist nachher wahrscheinlich von seinem Kameraden Fischer erschossen worden, der sich darauf selbst den Tod gab. Bei der Absuchung des Geländes der Burg Saaleck fanden die Beamten an einer verdeckten Stelle Kleidungsstücke, die offenbar von Helfershelfern der beiden Mörder dorthin gelegt waren, um diesen dadurch die Flucht zu ermöglichen. Bei den Mördern fand man eine Generalstabskarte und Bargeld in Höhe von 3000 Mk. In der Wohnung des Dr. Stein, wohin die Mörder geflüchtet waren, wurde ein Karabiner und eine Pistole mit dazu gehöriger Munition gefunden. Die Feststellungen gehen jetzt hauptsächlich in der Richtung, inwieweit Dr. Stein möglicherweise als Begünstiger oder Mitwisser der Tat in Frage kommt und ob ihm ein Zusammenhang mit irgend welchen rechtsradikalen Organisationen nachgewiesen werden kann. Die Leiche des einen Mörders, namens Kern, weist an beiden Oberschenkeln halbverheilte, etwa acht Tage alte Schußwunden von Schrotschüssen auf. Der Inhalt der Rucksäcke gibt gewisse Anhaltspunkte zur Ermittelung des Aufenthaltes seit der Flucht aus Lenzen. Eine Bierflasche z. B. weist auf den kleinen Ort Luechow in der Gegend von Gardelegen hin. Beamte des Berliner Polizeipräsidiums haben bereits auch andere Orte festgestellt. Wo und bei welcher Gelegenheit Kern die Schrotschüsse erhalten hat, deren Spuren sich an seiner Leiche zeigen, steht noch nicht fest.

w. **Berlin,** 19. Juli. (Drahtber.) Wie das „8 Uhr Abendblatt" berichtet, wird das Ende der Rathenaumörder wie folgt dargestellt: Kern hat sich nicht selbst erschossen, er wurde vielmehr von Beamten der Halleschen Polizei tödlich verwundet, die, weil sie sich durch die Pistolenschüsse der Mörder bedroht sahen, nach den Fenstern schossen. Eine Kugel durchschoß die Schädeldecke des Kern, der sofort zu Boden stürzte. Fischer hat ihn darauf auf das Bett gelegt und versucht das Blut zu stillen. Kern verstarb jedoch ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Das muß Fischer so deprimiert haben, daß er die Waffe gegen sich selbst richtete und in den Tod ging.

Ludendorffs Meinung über die Urheber des Rathenaumordes.

Berlin, 19. Juli. General Ludendorff hat im „Daily Expreß" auf eine Anfrage mitgeteilt, daß er den Mord an Rathenau auf bolschewistische Intriguen zurückführe. Die Blätter veröffentlichen jetzt ausführliche Darlegungen Ludendorffs, in denen er die Ueberzeugung zu begründen sucht. Er führt an, daß bei dem russischen Obersten Freiberg bolschewistische Geheimblätter und u. a. auch ein Bericht vorgefunden worden sei, nach dem die Sowjetregierung ihre Berliner Vertreter angewiesen hatte, unter der Maske Deutschnationaler in die extremen deutschen Organisationen sich einzuschmuggeln, um die fanatischen Mitglieder derartiger Organisationen zum Morde gegen Mitglieder der Reichsregierung zu verleiten. Diese Morde sollen die deutschen Linksparteien gegen die Rechtsparteien aufstacheln, um dadurch zu veranlassen, den Zwiespalt in Deutschland zu vertiefen und die Schrecknisse eines Bürgerkrieges heraufzubeschwören, was als Endergebnis mit einem Siege des Bolschewismus enden werde.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 19. Juli. Zwischen den Abgg. Marx, Dr. Stresemann und Petersen, den Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, wurden heute im Reichstag die Besprechungen über die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien fortgesetzt. Die Parteivorstände der Demokratischen Partei des Reiches traten Mittwoch vormittag im Reichstage zusammen zu einer Besprechung, die bis am Mittag noch nicht beendet war.

*

In den Abendstunden ist von den Parteien folgender Bericht verbreitet worden:

Berlin, 19. Juli. Die heutigen Besprechungen im Reichstage zwischen den Führern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei haben erneut die grundsätzliche Uebereinstimmung der drei Parteien über die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft festgestellt. Die Deutsche Volkspartei trat für die Einbeziehung der Bayerischen Volkspartei ein und es bestand auch Einigkeit darüber, daß der Bayerischen Volkspartei der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft offen steht. Diese Partei wird auf einem demnächst abzuhaltenden Parteitag darüber verhandeln. Die Arbeitsgemeinschaft wird erst zur praktischen Auswirkung gelangen, wenn der Reichstag wieder versammelt sein wird.

b. **Berlin,** 19. Juli. (Eig. Drahtber.) Der demokratische Parteivorstand hielt heute im Reichstag eine Sitzung ab, in der er sich mit der Frage der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beschäftigte. Der Plan stieß bei einzelnen Mitgliedern des demokratischen Parteivorstandes auf Widerspruch. Schließlich einigte man sich dahin, die von der Reichstagsfraktion begonnenen Verhandlungen über die Bildung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fortzusetzen.

Deutsches Reich

Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. Juli. Der Reichspräsident hat wiederholt gebeten, eine Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, sobald rechtliche und tatsächliche Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. Nachdem nunmehr der deutsch verbleibende Teil Oberschlesiens abgegrenzt und geräumt ist, ersuchte der Reichspräsident den Reichskanzler erneut um Anberaumung der Wahl durch den Reichstag. Der Reichskanzler besprach, da nach dem Gesetz der Wahltag vom Reichstage festgesetzt wird, diese Frage eingehend mit den Parteiführern. Diese waren einmütig der Auffassung, daß es unzweckmäßig sei, den Wahltag noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages festzusetzen, wogegen die Beschlußfassung des Reichstages hierüber alsbald nach dem Wiederzusammentritt im Oktober vorgenommen werden soll. Danach findet die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar statt.

Warum die Sozialisten die Reichstagsauflösung scheuten.

Berlin, 19. Juli. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Allgemeine Freie Deutsche Gewerkschaft, die S.P.D. und die U.S.P.D. veröffentlichen einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie eine Darstellung der Vorgänge geben, die zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Fraktionen geführt hätten und ihre Haltung zur Frage der Auflösung des Reichstages rechtfertigen. Die Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Fragen geführt und keiner Klärung der dringenden Lösung der Reparationsfrage. Sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft usw. und auch die Arbeiterschaft besonders geschädigt. Deshalb hätten sie dies Mittel nicht angewandt. Der Aufruf schließt: Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen, er dauert fort. Das Werk der Einigung ist begonnen, es muß vollendet werden.

Straßenumbenennung in Köln.

Köln, 19. Juli. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, einen Teil des deutschen Ringes nach der Republik, ferner je eine Straße oder einen Platz nach Rathenau und Erzberger zu benennen.

Die Entschuldigungen der hessischen Regierung.

Darmstadt, 19. Juli. In der gestrigen Sitzung des Hessischen Landtages sprach Finanzminister Henrich namens des Gesamtministeriums sein Bedauern über die Vorgänge am 27. Juni in Darmstadt, sowie sein Mitgefühl mit den Abgeordneten Dr. Osann und Dr. Dingeldey wegen der ihnen bei dieser Gelegenheit zugefügten Unbill aus. Er gab wegen dieser Vorgänge eine Erklärung des Gesamtministeriums ab, wonach am 27. Juni die in Darmstadt anwesenden Mitglieder des Gesamtministeriums übereinstimmend der Meinung waren, daß es angesichts der bestimmten Versicherungen der Gewerkschafts- und sonstiger Arbeiterführer, daß sie sich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung voll verbürgen könnten, zu verantworten war, wenn die in Bereitschaft gehaltene Mannschaft auf die notwendige Mindestzahl beschränkt wurde. Die anwesenden Minister konnten umsomehr der erwähnten Ueberzeugung sein, als keinerlei ernste Anzeichen dafür sprachen, daß der vorgesehene Demonstrationszug zu Ausschreitungen führen würde. Niemand konnte wissen, daß anarchistische, offenbar von auswärts geleitete Bestrebungen den seitherigen Ruf Darmstadts gefährden würden. Die in Bereitschaft stehende Schutz- und blaue Polizei schien bei geeigneter Führung und richtigem Einsatz zur Aufrechterhaltung der Ordnung genügend. Von einer besonderen Beurlaubung der Beamten der Schutzpolizei zwecks Teilnahme an der Demonstration kann keine Rede sein. Diese Beamten waren nach dem allgemeinen Beschlusse des Gesamtministeriums wie alle übrigen Beamten Hessens von 12 Uhr mittags ab frei. Das Gesamtministerium billigt deshalb in Erwägung dieser Tatsachen und in der Ueberzeugung, daß ein rechtzeitiges Einsetzen der vorhanden gewesenen Kräfte die Ausschreitungen verhütet hätte, die Verfügung der Minister, die am 27. Juni anwesend waren und die erwähnte Verfügung erlassen haben. Ueber die Handhabung des Polizeischutzes ist eine Untersuchung angeordnet worden.

*

Im Vertrauen auf die Versicherung der Gewerkschaftsführer hat die hessische Regierung die nötigen Sicherheitsmaßnahmen unterlassen. Ob die Bürgerschaft durch diese Erklärung wieder Vertrauen zur Regierung gewinnt, scheint fraglich.

Zuruhesetzung aus politischen Gründen.

w. **Berlin,** 19. Juli. Der amtliche preußische Pressedienst meldet: Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, die folgenden Regierungspräsidenten aus allgemein politischen Gründen in den Ruhestand zu versetzen: v. Gerstorff-Merseburg, v. Schweling-Stettin, v. Gröning-Coblenz, Freiherr v. Dalwigk zu Lichtenfeld-Aachen, v. Heppe-Aurich, Graf v. Meerveldt-Münster, Dr. Kutscher-Hildesheim.

Der Geschäftsabschluß der Reichseisenbahn.

Berlin, 19. Juli. (Drahtb.) Der Abschluß des ordentlichen Haushalts der Reichseisenbahnverwaltung für 1922 liegt vor. Er ergibt eine Einnahme von 45,1 Milliarden und eine Ausgabe von rund 52 Milliarden. Der Fehlbetrag beläuft sich mithin auf 6,9 Milliarden. Das ist gegenüber dem Haushaltansatz 1922 von 10,8 Milliarden eine Verbesserung um 3,9 Milliarden und gegen den Fehlbetrag im Jahre 1920 mit 15,6 Milliarden ein Verbesserung um 8,7 Milliarden. Der Fehlbetrag ist also geringer als nach der vom Reichsverkehrsminister bekannt gegebenen Schätzung. Die Verbesserung des Ergebnisses ist einerseits den Tariferhöhungen, der günstigen Verkehrsgestaltung, der scharfen Erfassung aller sonstigen Einnahmequellen, andererseits den Erfolgen auf dem Gebiete der Wirtschaft zu verdanken.

Das Gesetz über die Getreidezwangsabgabe.

Der Reichsanzeiger vom 17. Juli Nr. 50 enthält das Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. Bekanntlich muß die Landwirtschaft 2½ Millionen Tonnen der Reichsgetreidestelle zur Verfügung stellen und zwar je ein Drittel dieser Menge bis zum 31. Oktober, 15. Januar 1923 und 28. Febr. 1923.

Die Rente der ehemaligen Königin von Württemberg.

Stuttgart, 17. Juli. Durch den neuen Staatshaushaltsplan für 1922 soll die Rente der früheren Königin Charlotte, die seither vertragsmäßig 100 000 Mark bisher betragen hat, künftighin wegen der inzwischen eingetretenen starken Geldentwertung auf 300 000 Mark erhöht werden. Hierzu soll noch ein Teuerungszuschuß in Höhe der den Beamtenwitwen jeweils zustehenden Teuerungszulagen, im vorliegenden Fall in Höhe von 60 000 Mk. kommen.

Die Unmöglichkeit der Zwangszahlungen in bar.

Berlin, 19. Juli. In der der Reparationskommission am 11. d. M. in Paris übergebenen Note über ein Moratorium für die bis 1924 fälligen Reparationszahlungen war angekündigt worden, daß wegen der übrigen Barzahlungen auf den Friedensvertrag, für deren Regelung nicht die Reparationskommission, sondern die beteiligten alliierten Regierungen selbst zuständig sind, an die Regierungen eine weitere Note gerichtet werden würde. Diese Note ist Ende der vorigen Woche in London, Paris, Rom und Brüssel übergeben worden und den Geschäftsführern der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans in Berlin gleichzeitig eine Abschrift dieser Note übergeben worden. In dieser Note wird auf den an die Reparationskommission gerichteten Moratoriumsantrag Bezug genommen und beantragt, daß bis zum Ende des Jahres 1924 die monatlichen Raten, die zurzeit zwei Millionen Pfund Sterling betragen, auf eine halbe Million Pfund herabgesetzt werden.

Schluß im Haag.

w. **Haag,** 19. Juli. (Drahtber.) Nach einer gemeinsamen Sitzung der nichtrussischen und der russischen Kommission hat die nichtrussische Kommission eine Entschließung angenommen, in der sie erklärt, daß ihre Arbeiten beendet seien. Die Schlußsitzung der Haager Konferenz soll morgen stattfinden.

Die Sterblichkeit in Moskau.

Berlin, 18. Juli. (Drahtb.) Die Bakteriologen des deutschen Roten Kreuzes in Moskau, die in engstem Zusammenhang mit den russischen Behörden und den russischen Gelehrten arbeiten, teilen mit, daß nach ihren eigenen Informationen seit Beginn des Jahres 1922 bis Ende Juni 1922 höchstens 80 Cholerafälle einschließlich der Choleraverdächtigen festgestellt wurden. Unter diesen 80 sind 44 zugereiste Personen. Die Sterblichkeit in Moskau betrage allerdings 45 Prozent.

Max Liebermann.

Zum 75. Geburtstag des Meisters am 20. Juli.

Von

Dr. Walter Hötting.

Nachdem wir eben Gelegenheit gehabt haben, in einer prächtigen Ausstellung Hans Thomas Lebenswerk zu überschauen, gibt uns Max Liebermanns 75. Geburtstag Veranlassung, auch des andern unter den beiden Altmeistern deutscher Malerei zu gedenken. Sie sind so verschieden wie der Süden und der Norden, und es gibt wohl nicht allzu viele, die ein gleiches persönliches Verhältnis zu ihrer beider Kunst haben. Aber keinem geschieht ein Gefallen, wenn wir sie gegeneinander ausspielen, und wir wollen uns, um mit Goethe zu sprechen, lieber freuen, daß wir zwei solcher Kerle haben.

Ragen doch beide, wie sich auch der einzelne zu ihrer Kunst stellen mag, unbestritten auf der Höhe, wo die Klassiker stehen. Auch um den 75jährigen Liebermann ist der Streit längst verstummt; nach der Epoche des Impressionismus, dessen gewichtigster deutscher Vertreter er ist, sind ja schon wieder andere, freilich weit kurzlebigere Richtungen gekommen und gegangen, und der temperamentvolle Liebermann ist am Abend seines Lebens ruhig genug geworden, um sie mit der einfachen Begründung, daß der Künstler letzten Endes nur seine eigene Kunst für richtig halten könne, aus seinem Blickfeld beiseite zu schieben. Alles was man einst gegen Liebermanns Technik, gegen seine Motive, gegen das Ethos seiner Kunst eingewandt hat, mutet uns heute als Kuriosium aus alter Zeit an. Der Schönheitsbegriff, von dem aus man Liebermann eine Bevorzugung des Häßlichen vorwerfen konnte, gilt uns nicht mehr. Nur von ihm aus war zu begreifen, daß man in des Künstlers „Christus unter den Schriftgelehrten" eine Verhöhnung der Religion sehen und bis zu persönlichen Verunglimpfungen Liebermanns gehen konnte. Die leidenschaftliche Sittlichkeit seines künstlerischen Ringens um die Probleme der Luft, des Lichtes und der Bewegung, des Pathos der Sachlichkeit, mit dem er den arbeitenden Menschen in den geschlossenen Raum und in die freie Natur stellt, sind uns heute nicht mehr stumm. Und seine Kunst undeutsch schelten, weil er von den Franzosen empfangen, von der holländischen Landschaft sich hat befruchten lassen, das konnte man nur, wenn man vergessen hatte, daß es immer bestes deutsches Erbteil war, fremdes Wesen in heimatliche Art zu übertragen. Zudem war es ja in der Gewalt, die Holland über Liebermann gewann, gerade die Stimmung niederdeutscher Meereslandschaft, die entscheidend war, und es für seine ganze Landschaftsmalerei geblieben ist.

Auch einem so unermüdet Strebenden, wie es Max Liebermann ist, kann man in der Mitte seines achten Lebensjahrzehnts nicht viel anderes sagen, als es zur Vollendung des siebenten geschehen ist. In diesem Alter pflegt sich das Gesamtbild nicht mehr zu wandeln, und wer wollte auch an dergleichen denken, wenn es schon so reich und von so einheitlicher Folgerichtigkeit erscheint, wie hier? Dazu kommt, daß nicht wie bei manchem Maler, auf Liebermanns Weg einzelne Werke (diejenigen Stücke, die Epoche machten), als weit emporragende Höhepunkte das Auge auf sich ziehen, sondern daß gerade bei ihm wie bei kaum einem anderen der neueren Meister eine fast unübersehbare Fülle von Schöpfungen wesentlich gleich hohen Niveaus Erstaunen und Bewunderung hervorruft. Gerade dies war ja der beherrschende Eindruck der Ausstellung, die zum siebzigsten Geburtstag des Meisteers veranstaltet worden war. Das will nicht besagen, daß dieser Weg ohne ragende Gipfelpunkte etwa in der Ebene verlaufen wäre. Er führt vielmehr stetig aufwärts, und auch Terrassen sind zu unterscheiden, von denen eine nach der anderen bezwungen wurde. Es sind die Etappen im Kampf um das Licht im Freien, um das Licht im Raum, um die lebendige Darstellung der Bewegung und schließlich um die Farbe.

Diesen Weg hat der Berliner Kaufmannssohn schon mit 14 Jahren als Schüler Steffecks begonnen, aber er hat erst das Vorurteil des gut bürgerlichen Vaterhauses überwinden müssen, ehe er die Malerei als Beruf wählen durfte, und er hatte noch manche Reste davon zu überwinden, als er lange schon mitten im künstlerischen Schaffen stand, ja als ihm die zuerst in Paris gefundene Anerkennung auch in der Heimat schon zuteil geworden war. Der Weg führt von der Schule Steffecks zu Munkaczys Atelierton; unter den Malern von Barbizon gibt Millet den pathetisch gesteigerten Zusammenklang zwischen der Natur und dem arbeitenden Menschen, den Liebermann so deutsch verfachlicht; in Holland wirkt neben der Landschaft der alte Franz Hals am stärksten, dann Israels, dem Liebermann später eine kritische Studie gewidmet hat. Der Uebergang zur Hellmalerei hatte sich vollzogen; die Bewältigung des lichtdurchfluteten geschlossenen Raumes gelang und fand zuerst in Frankreich Bewunderung. Nach Berlin zurückgekehrt, ließ Liebermann, dem sich Deutschland zögernd erschloß, eines nach dem andern aus jener langen Reihe von Bildern folgen, die vor allem lebendige Menschenbewegung ins strömende Licht stellen. Immer mehr wurde er der Eroberer der impressionistischen Prinzipien für unsere Malerei und der Führer im Kampf der Jugend. Im Jahr 1898 gründete er die Sezession. Eine neue erstiegene Stufe bedeuteten die Porträts. Neben die typische Gestalt und neben die bewegte Menge trat das Individuum. Jenes hübsche Wort, das Liebermann einem mißvergnügten Modell erwiderte: „Ich habe Sie ähnlicher gemalt, als Sie sind" darf er mit Recht von sich sagen, wie es von jedem echten Porträtisten gesagt werden kann. Der Alternde aber kämpfte aufs neue um die Farbe, die ihm bisher nicht geahnte Reize erschloß.

So überschauen wir heute Max Liebermanns Weg. Das unbeugsam Aufrechte, das schneidig Polemische, das kühl Abweisende und bescheiden Anerkennende seiner Menschlichkeit sind wesentliche Charakterzüge auf seiner Kunst. Der hingegangene Walther Rathenau hat sie einmal preußisch genannt. Unermüdlich zähe Arbeit und ewig wacher Intellekt, es ist vom Besten der preußischen Art. Weil es aber ein großer Künstler ist, in dem sich diese Eigenart ausprägt, so wirken darin Gegensätze, die, eben weil sie am Ende der Kreislinie stehen, sich wieder berühren: unbeirrbare Sachlichkeit aus Leidenschaft, nicht aus Nüchternheit, und ein Feuer, dem zwar das behaglich Erwärmende abgeht, das aber um so klarer leuchtet und nur deshalb manchmal kalt erscheint, weil es so scharf brennt.

Theater und Musik

Konzert Karlsruher Künstlerinnen in Herrenalb. Die jugendliche Geigerin Elisabeth Neumann entzückte besonders im Mendelssohnkonzert die zahlreichen Zuhörer durch einen weichen, dabei kräftigen Ton, eine bereits hochentwickelte Technik und eine geistige Auffassung, die zu großen Hoffnungen für ihre weitere Laufbahn als Violinvirtuosin berechtigt. Elisabeth Moritz verfügt über weichen und doch bestimmten Anschlag, edles Piano, seelisches Empfinden; sympathisch ist ihre Zurückhaltung. Beide Künstlerinnen waren Gegenstand herzlicher Huldigung und erbrachten den Beweis, daß auch im Sommer in einem Badeort gute Kunst, vollendet dargeboten, Anerkennung und Publikum findet.

Klavierauszug und Textbuch der Oper „Casanova" von Arthur Kusterer, Text von Anton Rudolph, die in der Badischen Herbstwoche hier zur Uraufführung kommen wird, sind im Triton-Verlag Karlsruhe erschienen.

Zweites Kammermusikfest in Donaueschingen. Bei dem am 30. und 31. Juli stattfindenden „Zweiten Donaueschinger Kammermusikfest zur Förderung zeitgenössischer Tonkunst" wirkt auch die Karlsruher Bläservereinigung für Kammermusik (Karl Spittel, Flöte; Paul Kämpfe, Oboe; Alois Spranger, Klarinette; Oskar Wenk, Fagott) mit.

Preisgekrönt wurde der Männerchor „Nacht" (Lenau) des aus Karlsruhe stammenden Komponisten August Richard in Heilbronn. Der Preis war in der deutschen Arbeitersängerzeitung zum Wettbewerb ausgeschrieben. Das Chorwerk wird im nächsten Winter in Berlin erstmals aufgeführt werden.

Kunst und Wissenschaft

Handschriftenveröffentlichungen der Berliner Staatsbibliothek. Die Berliner Staatsbibliothek wird jetzt mit einer Reihe von Veröffentlichungen aus ihren Handschriftenschätzen beginnen, die der Direktor ihrer Handschriftenabteilung, Professor Dr. Degering, veröffentlichen wird. Die Reihe soll mit einem der kostbarsten Kleinode der Bibliothek beginnen, den „Drin liet van der maget", dem Marienleben des Priesters Wernher ,einer 1172/73 entstandenen mittelhochdeutschen Dichtung. Vielleicht in Augsburg hat sie ein Künstler, der zu den bedeutendsten Handschriftenmalern der Zeit zählte, mit Bildern geschmückt, die in farbigem Lichtdruck vervielfältigt wurden. Folgen wird die Historie von der schönen Magelone, eine deutsche Bearbeitung des französischen Volksbuches, deren Federzeichnungen zu den reizendsten Erzeugnissen der Donauschule aus dem Beginn des 15. Jahrhunderts zählen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Badischer Landtag

t. **Karlsruhe**, 19. Juli. Zu Beginn der Sitzung wurde von dem Präsidenten Wittemann mitgeteilt, daß ein Zentrumsantrag eingegangen ist, der den Minister des Innern auffordert, bei der Reichsregierung die Wirkung der Getreideumlage für diejenigen badischen Bezirke, deren Ertrag fast einer Mißernte gleichkommt, entsprechend abzuschwächen und in einem Nachtrag zum Staatsvoranschlag Mittel anzufordern zur Förderung der Landwirtschaft für diejenigen Betriebe, die durch die Getreideumlage getroffen werden.

Dieser Antrag geht zur alsbaldigen Beratung an den Haushaltsausschuß.

Frau Abg. Unger (U.S.P.) begründet ihre Anfrage über den

Milchlieferungsstreik des Landbundes im Bezirk Lahr,

die folgenden Wortlaut hat:

„Im Bezirk Lahr ist seit 1. Juni die Milchlieferung durch die Milchproduzenten des Landbundes gesperrt. Die Stadt Lahr ist seit dieser Zeit ohne Milch. Für Säuglinge wird von den Städten Rastatt und Baden-Baden — um den schlimmsten Folgen vorzubeugen — Milch abgegeben, die Zuteilung an Säuglinge ist jedoch ungenügend. Kinder über ¾ Jahren, Kranke und ältere Leute erhalten überhaupt keine Milch."

In der Begründung dieser Anfrage wendet sich die Rednerin gegen die Landwirtschaft. Die Haltung der Landwirtschaft sei ein Verbrechen am deutschen Volke.

Von einem Regierungsvertreter wurde zu der Anfrage erklärt:

Der Streik in der Milchlieferung begann am 1. Juni und dauerte bis zum 19. Juni. Der Landbund des Bezirks Lahr stellte ein kurzbefristetes Ultimatum und drohte für den Fall der Nichtannahme seiner Preise mit der Einstellung der Milchlieferung. Dieser Drohung folgte die Tat. Die Folgen waren in den ersten beiden Streiktagen gefahrdrohend. Nicht einmal für Säuglinge und Kinder unter 2 Jahren und für die Kranken war die nötige Milch vorhanden. Erst am dritten Tage besserte sich die Lage durch das Einspringen von Nachbargemeinden usw. Rechtlich ist ein Streik in der Milchbelieferung nicht zulässig und die Veranstalter machen sich strafbar.

In der Aussprache über die Anfrage verteidigte Abg. Klaiber (Landbund) den Landbund. Er hätte den Streik zu verhindern gesucht, wenn er anwesend gewesen wäre. Es ist dies der einzige Streik dieser Art in Baden. Die Berechnungen, die die Abg. Frau Unger aus den Aufstellungen der Molkerei gezogen hat, stimmen ganz genau mit denjenigen überein, die ich zur selben Zeit angestellt habe. Der errechnete Preis kommt auf etwa 6.50 Mk. Die Frau Unger vergißt aber, daß damals im November 1921 der Milchpreis zwischen 2 und 3 Mark schwankte. Seit dieser Zeit sind aber die für die Landwirtschaft notwendigen Rohstoffe und Düngemittel um das Vielfache im Preis gestiegen. (Abg. Frau Unger (U.S.P.): Ja, wenn ihr so verrückt seit und steigert dauernd! Wer soll's denn bezahlen?) Präsident Wittemann nimmt an, daß das von der Frau Abg. Unger mehrfach gebrauchte „ihr" klein geschrieben wird, da er sonst rügen müsse.

Abg. Klaiber erklärt am Schluß seiner Ausführungen, daß Reden, wie die der Frau Unger, nicht dazu angetan seien, die Versöhnung zwischen Stadt und Land zu fördern.

Abg. Weißhaupt (Ztr.): Die Kalkulationen der Frau Unger wären sehr wünschenswert, wenn sie möglich wären. Tatsächlich aber steht der Milchpreis in keinem annehmbaren Verhältnis zu den Preisen für alles übrige. Die Milch ist vor allem für Kinder und Kranke da und ein Streik in der Milchbelieferung ist immer verwerflich, aber es ist in Berlin z. B. gestreikt worden, wo nicht nur lebenswichtige Betriebe, sondern vor allem Kliniken, Säuglingsheime und Krankenhäuser so schwer betroffen wurden, daß Patienten und Säuglinge starben oder schwer erkrankten.

Es sprachen dann noch die Abg. Blase (Soz.), Eilbert (Ztr.), Straub (Dem.), Gäßler (Kom.), Richter (Deutschn.) und Rückert (Soz.) gegen den Streik, die Abg. Schrank und Fischer-Meißenheim (Landb.) verteidigten die Forderungen der Landwirte.

Damit war die Anfrage erledigt.

Abg. Sack (Ztr.) berichtet über die Abänderung des Viehseuchen-Entschädigungsgesetzes, ferner über den Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Rindviehbestände.

Die Gesetzentwürfe werden gemäß Antrag des Berichterstatters in beiden Lesungen angenommen.

Mit Beginn der Nachmittagssitzung erstattete Abg. Weißhaupt (Ztr.) Bericht über die in der voraufgegangenen Sitzung des Haushaltausschusses abgeschlossene Beratung über den Zentrumsantrag Weißhaupt u. Gen.

die Getreideumlage

und den diesjährigen Saatenstand betr. Der in der Vormittagssitzung eingebrachte und zur dringlichen Erledigung gestellte Antrag lautet:

„Der Landtag möge beschließen, die Regierung solle erneut bei der Reichsregierung dahin wirken, daß erstens die von Baden geforderte Getreideumlage so reduziert wird, wie es der diesjährige Saatenstand erfordert, der in manchen Landesteilen und bei einzelnen Getreidesorten einer Mißernte gleichkommt, und daß zweitens in einem Nachtrag zum Staatsvoranschlag alsbald Mittel angefordert werden zur Förderung der Landwirtschaft, für die Betriebe, die durch die Getreideumlage betroffen werden und wie sie in dem Antrage des Haushaltausschusses durch Beschluß des Landtags vom 31. März 1922 angefordert sind."

Zur Abstimmung gelangt natürlich, da in Ziffer zwei finanzielle Erwägungen angestellt werden müssen, nur der Antrag unter Ziffer eins.

Zur Begründung führt der Redner aus:

Die diesjährige Getreideumlage — die vorjährige sollte laut Versprechungen des Reichsernährungsministeriums schon die letzte Umlage sein — bedeutet für das Land Baden sowohl im Hinblick auf die zu erwartende schlechte Ernte als auch allgemein bezüglich der für Baden viel zu hohen Abgabemenge — 22 000 Tonnen — eine ungerechte und ungerechtfertigte Behandlung. Sie ist in ihren Folgen unerträglich. Besonders bei der in Aussicht stehenden schlechten Ernte wird es nicht lange dauern, daß mangels Angebot auf dem freien Markt die Preise in die Höhe schnellen. Die Regierung und der Minister haben keine Schuld an dieser Ueberbürdung Badens und sie haben in den Verhandlungen ihre Pflicht getan. Der Umlage haben sie nur unter dem ausdrücklichen Protest zugestimmt, daß die Verhältnisse in Baden eine Sonderbehandlung notwendig machen. Zu den neu aufzunehmenden Verhandlungen müssen wir dem Minister den Rücken stärken. Deshalb bitte der Ausschuß, das Haus möge bei der heutigen Abstimmung über den ersten Teil des Antrages für den Antrag stimmen. Zur Besprechung wird das Wort nicht gewünscht.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme des ersten Teiles des Antrages.

Auf der Tagesordnung stehen sodann noch 21 Gesuche und Beschwerden. Durch das kürzlich im Aeltestenausschuß beschlossene verkürzte Arbeitsverfahren bei diesen kleinen Vorlagen wird auch dieser Teil der Tagesordnung schnell erledigt.

Die ganze Tagesordnung ist damit erledigt.

Das Haus vertagt sich darauf auf Montag, den 24. Juli, nachmittags 3½ Uhr.

Schluß 5½ Uhr.

Wünsche der Rechtsanwaltschaft.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Aenderung des Grundbuchwesens und die rechtliche Stellung der Notare im Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung wurde auch ein Gesuch der Badischen Anwaltskammer um Ernennung von Rechtsanwälten zu Urkunden-Notaren erörtert. Von der Anwaltskammer wurde vorgeschlagen, in dem Entwurf über die freiwillige Gerichtsbarkeit und über das Notariatswesen dem § 4a folgende Fassung zu geben: „Neben den beamteten Notaren kann Rechtsanwälten das Amt eines Notars verliehen werden. Sie führen die Bezeichnung öffentlicher Notar, sind aber keine Staatsbeamte". In der Aussprache über dieses Gesuch wurde von dem Berichterstatter Abg. Rüger (Ztr.) anerkannt, daß die Lage der Rechtsanwälte sich durch die verminderte Prozeßführung, die Vermehrung der Schiedsrichtertätigkeit, das Darniederliegen von Handel und Industrie usw. verschlechtert habe. Auch ein sozialdemokratischer Redner schilderte die ungünstige Lage der Rechtsanwälte. In einer Reihe großer deutscher Länder habe man den Wünschen der Rechtsanwälte auf dem in dem Gesuch der Anwaltskammer berührten Gebiet Rechnung getragen. Justizminister Trunk erklärte, die Urkundentätigkeit müsse bei dem Notar verbleiben, es sei nicht möglich, dem Gesuch der Anwaltskammer zu entsprechen. Nachdem sich noch ein Zetrumsabgeordneter und ein demokratischer Redner gegen das Gesuch ausgesprochen hatten, wurde mit 15 gegen 2 Stimmen die Erledigung der Eingabe der Anwaltskammer durch Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Erste Nachtragsforderungen zum Badischen Staatshaushalt.

Starke Erhöhung der Steuern auf Grundvermögen und Gewerbebetriebe.

Die Schätzungen der Ziffern für die Ausgaben des badischen Staates für die beiden Jahre vom 1. April 1922 bis 31. März 1924, waren weit überholt, bevor der Landtag mit der Durchberatung des Voranschlages zu Ende war. Die Schätzungen wurden in den Ministerien in den letzten Monaten des vergangenen Jahres aufgestellt. Seit dieser Zeit ist eine ungeheuere Steigerung aller Preise eingetreten. Dadurch haben sich auch die Ausgaben des Staates gewaltig gesteigert. Im Hinblick auf den stark schwankenden Geldwert ist die Frage nicht ganz unangebracht, ob die Aufstellung eines Voranschlages für 2 Jahre vorerst zweckmäßig ist. So sehr der Vorteil zu beachten ist, daß der Landtag nicht jährlich durch die oft recht unerquicklichen Etatdebatten belastet wird, so wichtig wäre es jedoch, wenn jährlich die Ausgaben und Einnahmen ihrer Qualität und Bedeutung nach der jeweiligen Geldlage angepaßt werden können. Aufgaben, die uns heute noch erfüllbar erscheinen, müssen vielleicht eines Tages unter dem Druck der Not einfach aus dem Haushalt des Staates verschwinden. Man denke an die Finanzkontrolle durch die Entente. Nun muß sich die Regierung mit Nachtragsforderungen behelfen, die wahrscheinlich in immer kürzeren Zwischenräumen eingebracht werden müssen. Wie sehr der Geldwert sich seit Aufstellung des Etats verändert hat, zeigen folgende Zahlen: für Neubauten rechnete die Regierung im ursprünglichen Voranschlag mit rund 1400% Verteuerung gegenüber dem Friedenspreis, in der Nachtragsforderung wird bereits mit einer Verteuerung von 4000% bis 6500% gerechnet.

Die Baukosten haben sich also seit Aufstellung des Etats bis heute, dem Zeitpunkt der Nachtragsforderung, verdreifacht. Die Nachforderungen werden deshalb auch zum größten durch die Neubauten und Umbauten verursacht, die der Staat zurzeit ausführt und noch ausführen will. Die Einkommenserhöhungen für die Beamten werden wie bekannt nicht unmittelbar aus der Kasse des badischen Staates bezahlt, sondern werden durch Vorschüsse aus der Reichskasse gedeckt. Wie lange dieses System der Reichszuschüsse noch angewendet werden kann, ist ungewiß. Gesund kann man diesen Zustand nicht nennen. Nach dem jetzigen Stand des Geldes sind die Mehrausgaben für die beiden nächsten Jahre auf rund 397 Millionen Mark veranschlagt, ordentliche und außerordentliche Ausgaben zusammen. An Mehreinnahmen sollen kommen 326 Millionen Mark aus der Erhöhung der Steuer vom Grundvermögen und Gewerbebetrieb, 63 Millionen aus Holzverkäufen, die noch fehlenden 8 Millionen kommen aus Einnahmesteigerungen beim Ministerium des Innern und beim Arbeitsministerium.

Von großer Bedeutung für die Oeffentlichkeit ist also die geplante erhöhte Belastung der Grundvermögen und der Gewerbebetriebe. Nach dem Hauptvoranschlag vom letzten Spätjahr sollte diese Steuer bei einem Satz von 0,90—2,25 Mk. auf 100 Mk. Steuerwert jährlich 180 Millionen bringen, nun soll der Jahresertrag dieser Steuer mit rund 340 Millionen, also fast auf das Doppelte erhöht werden. Dies bedeutet für viele eine neue starke steuerliche Belastung, dies in einer Zeit, in der auch hohe Reichssteuern dem Besitz auferlegt sind.

Der Landesfinanzamt-Präsident.

Nach einer Blättermeldung ist als Präsident des Landesfinanzamtes Baden, nachdem Finanzminister Köhler nach Auflösung der Personalunion diesen Posten niedergelegt hatte, Geh. Finanzrat Dr. Josef Schmitt im Katholischen Oberstiftungsrat ausersehen. Geh. Rat Dr. Schmitt gehört bekanntlich seit Herbst letzten Jahres als Mitglied der Zentrumspartei dem Badischen Landtag an. (Geh. Rat Dr. Schmitt stammt aus Lauda und war im Jahre 1896 in den Badischen Polizeidienst eingetreten. Nachdem er kurze Zeit Amtsrichter in Boxberg war, wurde er 1901 zum Kollegialmitglied beim Katholischen Oberstiftungsrat ernannt.)

Verschiedene Drahtmeldungen

Ein Bierstreik in Dresden.

Dresden, 19. Juli. Die Dresdener Gastwirte drohen angesichts der Bierpreiserhöhung um etwa 50 Proz. mit der völligen Einstellung des Bierverkaufs.

Der Aufenthalt des Kapitäns Ehrhardt.

Wien, 19. Juli. Die Münchener Meldung von der Anwesenheit des Kapitäns Ehrhardt in Wien, wird vom „Neuen Wiener Tagblatt" als unrichtig bezeichnet. Der Aufenthalt Ehrhardts sei unbekannt.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika.

Paris, 19. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Washington, haben 25 000 Eisenbahnarbeiter heute ohne Ermächtigung ihrer Organisationen die Arbeit eingestellt. Die Unruhen dauern an.

Die Teuerung in Wien.

Wien, 19. Juli. Infolge der vermehrten Geldentwertung tritt heute eine Brotpreiserhöhung von 2170 Kronen ein. Eine weitere Verteuerung des Brotpreises steht bevor. Andere Lebensmittel, wie Speck, Zucker und Mehl, hatten sich gleichfalls verteuert. Eine Semmel kostet z. Zt. 100 Kronen. Heute vormittag versammelten sich vor dem Parlament Arbeiter, um gegen die Teuerung und insbesondere gegen die Brotpreiserhöhung zu protestieren.

Gegen die Sklavenarbeit deutscher Arbeiter.

Paris, 19. Juli. Das Aktionskomitee für die befreiten Gebiete hat in einer Entschließung erklärt, daß die gegenwärtige Regierung, nachdem eine Verzögerung von einem Jahr stattgefunden habe, das Wiesbadener Abkommen in die Praxis umsetzen zu wollen scheine. Das Komitee habe deshalb beschlossen, Poincaré darüber aufzuklären, daß die Geschädigten für eine rationelle Verwendung von deutschem Material und Spezialarbeitern seien, daß sie aber mit ungeheurer Mehrheit den Plan ablehnten, deutsche Arbeiter unter Ausschluß der befreiten Gebiete für öffentliche Arbeiten im Innern Frankreichs zu verwenden.

*

Die Regierung Poincaré möchte zwar die deutsche Sklavenarbeit, aber nicht zum Aufbau der Kriegsgebiete. Die Ruinen braucht Monsieur Poincaré, um die Herzen seiner Bundesgenossen zu rühren, wenn seine Gewaltpolitik die Sympathien für Frankreich gefährdet.

Der englische Zuschlag auf deutsche Waren.

w. **London**, 19. Juli. Im Parlament wies der Abg. Barray darauf hin, daß in England die Erhebung einer Reparationsabgabe auf deutsche Einfuhrwaren vom britischen Parlament genehmigt worden sei, daß aber in den alliierten Ländern eine derartige Maßnahme nicht beschlossen wurde. Wenn ein französischer, belgischer oder italienischer Kaufmann Waren aus Deutschland beziehe und nach England weiterschicke, so werde keine Reparationsabgabe erhoben, während britische Kaufleute diese Abgabe bezahlen müßten. Der Abgeordnete fragte, ob diesem unstatthaften Zustande auf gesetzgeberische Weise ein Ende gemacht werden würde. Ein Vertreter des Schatzamtes erwiderte, es läge kein Grund vor, die gegenwärtige Bestimmung der Reparationsabgabe zu ändern. Es seien dadurch in etwas mehr als einem Jahre über fünf Millionen Pfund Sterling beim britischen Schatzamt eingegangen. Ein Abgeordneter fragte, ob diese fünf Millionen nicht viel mehr von den britischen Importeuren als von der deutschen Regierung bezahlt worden seien. Hierauf erfolgte keine Antwort.

*

Seit einem Jahr wird bekanntlich in England die deutsche Einfuhrware mit einem besonderen Zuschlag belastet, die von der deutschen Regierung vergütet werden muß. England will sich dadurch Kriegsentschädigung von Deutschland verschaffen und will gleichzeitig die deutsche Konkurrenz drücken. Aber, wie aus der obigen Anfrage hervorgeht, scheint der englische Handel mehr Schaden als Nutzen von dieser Maßnahme zu haben.

Was Poincaré will.

Paris, 19. Juli. Nach dem „Oeuvre" soll Poincaré eine Zusammenstellung machen, durch die er beweisen will, daß das deutsche Reich seit Beginn dieses Jahres systematisch an der Entwertung seines Geldes gearbeitet habe. Der Bankerott sei also vorbedacht, die Verfehlungen gegen die Vorschriften der Reparationskommission bewußt, so daß die Alliierten das Recht hätten, jeder für sich, gegenüber dem Schuldner die Maßnahmen zu ergreifen, die die Umstände notwendig machen. Lloyd George dagegen habe erklärt, sein Gegner übertreibe und seine Schlußfolgerungen seien sehr gefährlich.

Was kann uns helfen?

Moratorium, Anleihe, Stabilisierung.

Ein Gespräch Ihres Mitarbeiters mit dem Leiter einer Berliner Großbank, der in steuerpolitischen Dingen schon häufig von der Regierung zugezogen wurde, ergibt folgende Betrachtung: Die deutschen Staatssekretäre Schröder und Fischer sollen, wie jetzt bekannt wird, den Mitgliedern der Reparationskommission in Paris dargelegt haben, daß Deutschland im Jahre 1922 allen Verpflichtungen genügt hätte, wenn die internationale Anleihe zustandegekommen u. der Marksturz dadurch verhütet worden wäre. An dieser Behauptung ist jedenfalls das eine nicht richtig, daß der neue Marksturz allein durch das Ausbleiben der Anleihe herbeigeführt worden sei. Die Valutakatastrophe ist mindestens ebensosehr durch das Rathenauattentat und die daran anschließende innere Krise verschuldet. Aber bleiben wir bei der finanzpolitischen Seite der Angelegenheit. Die Erklärungen der deutschen Staatssekretäre gründeten sich offenbar auf Informationen des Reichsfinanzministers. Herr Hermes hat seinerzeit selbst in Paris eine Steigerung der deutschen Reichseinnahmen von 115 auf 154 Milliarden Mark jährlich in sichere Aussicht gestellt. Tatsächlich betrugen die Einnahmen schon im April 13 Milliarden, im Mai 17 Milliarden. Man konnte für das laufende Rechnungsjahr bereits mit 180 Milliarden rechnen. Dazu käme noch der für Reparationszwecke bestimmte Ueberschuß des ordentlichen Etats und der Ertrag der Zwangsanleihe. Die schwebende Schuld betrug am 31. März, dem in Paris in Aussicht genommenen Ausgangsdatum, 272 Milliarden. Sie hat sich — nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums — seitdem nicht vermehrt, wenn man folgendermaßen rechnet: im April, Mai und Juni wurden Schatzwechsel im Gesamtbetrage von 23 Milliarden Mark ausgegeben. Davon waren 20,5 Milliarden für die Beschaffung von Devisen notwendig. Sie wären also normal durch den Ertrag der Anleihe gedeckt. Der Zinsendienst der internationalen Anleihe wäre im ersten Jahre aus dem Anleihebetrage bestritten worden

Aber diese Art zu rechnen ist doch recht anfechtbar. Mit demselben Recht — es kommt nach Einstein immer auf den Standpunkt der Betrachtung an — kann man sagen: die schwebende Schuld des deutschen Reiches betrug Anfang dieses Jahre 251 Milliarden und heute 300! Die Entwertung der Mark hat erst in letzter Zeit wieder erhebliche neue Milliardenaufwendungen für die Erhöhung der Gehälter und Löhne notwendig gemacht. Minister Hermes wird vielleicht darauf hingewiesen werden, daß ja die Steuereingänge in erfreulichem Fortschreiten begriffen seien und daß man die Mehraufwendungen durch die steuerlichen Mehreinnahmen beinahe glatt decken könne. Das ist richtig. Aber wird dadurch das Etatsdefizit geringer? Keineswegs! Das Defizit muß bei der jetzigen österreichisch-russischen Entwertung des deutschen Geldes umso mehr zunehmen, als keine weiteren Steuervorlagen beabsichtigt sind. Der Reichstag wird die Gesetzentwürfe über die Zwangsanleihe und die Novelle zum Einkommen- und Erbschaftssteuergesetz verabschieden, und dann ist es aus. Dann muß die Hilfe von außen kommen. Aber wie? Das Moratorium ist nur eine ganz kurze Atempause. Der Versailler Strick, der uns um den Hals liegt, wird nur für einen Augenblick gelockert.

Es ist also höchste Zeit, das Problem der internationalen Anleihe wieder aufzurollen. Aber wer wird Deutschland, das sich nach außen hin eigentlich schon für bankerott erklärt hat, noch einen Kredit gewähren? Gerade jetzt, wo die innerpolitische Lage für das Ausland überhaupt nicht mehr durchsichtig ist? Und wie sollten wir selbst im Falle einer Anleihegewährung die in Goldmark zu zahlenden Zinsen aufbringen? Die Schwierigkeiten dürften durch das bevorstehende Programm des Garantiekomitees eher vergrößet als erleichtert werden. Frankreich verlangt z. B. eine viel schärfere Verfolgung der Kapitalflucht, und Dr. Hermes will, wie es heißt, sich demnächst persönlich an die Grenzen begeben, um die Ueberwachung zu reformieren. Aber solche Mittel halten die Lawine nicht auf. Unabhängig von allen Versprechungen oder Forderungen des Auslands müssen wir zunächst an die Stabilisierung der Valuta gehen, sagen wir: zum heutigen tatsächlichen Kursstand von 1 Prozent. Der Goldschatz der Reichsbank in Höhe von einer Milliarde bietet dann Deckung für 100 Milliarden Papier. Darauf hat sich eine Finanzsanierung mit Monopolen und rationellen direkten Steuern aufzubauen. Ohne Stabilisierung, an der das Ausland natürlich mitzuhelfen hätte, ist die Katastrophe das Ende aller jetzigen Schwankungen. Dr. —r.

Bunte Chronik

Großfeuer in einem Neuyorker Warenhaus. Bei einem Brande in einem großen Neuyorker Warenhause, bei dem zahlreiche Explosionen erfolgten, wurden zwei Personen getötet und 30 verletzt. Nach den vorliegenden Berichten ist dies der größte Brand seit Jahren. Sämtliche Neuyorker Feuerwehren waren an der Brandstelle versammelt.

Falsche 10 000 Mark-Scheine. Im Keller eines Hauses der Kaiserstraße zu Frankfurt a. M. wurde eine Falschmünzerwerkstatt, in der vor allem 10 000 Mark-Scheine hergestellt werden sollten, entdeckt. Der Falschmünzer ist ein Malermeister namens Baumbach. Er hatte mehrere 100 Bogen sogenannten Buntdruck bereits fertiggestellt.

Zugüberfall auf einen Amerikaner. In der Nacht zum Mittwoch wurde in einem Abteil II. Klasse, auf der Strecke Liegnitz-Breslau, ein Deutsch-Amerikaner von zwei Männern überfallen, mißhandelt und aus dem Zuge geworfen. Von einem Bahnwärter aufgefunden, wurde der Ueberfallene in einem Güterzuge nach der nächsten Station und von da ins Krankenhaus gebracht. Von den Tätern fehlt jede Spur.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Kundgebung des Deutschen Evangel. Kirchenausschusses.

An das evangelische deutsche Volk.

Der Deutsche Evang. Kirchenausschuß, dessen Mitglied der Präsident der badischen Landeskirche ist, erließ folgende Kundgebung:

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau ist ruchlosem Meuchelmord zum Opfer gefallen. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß es sich um eine Tat politischer Leidenschaft handelt. Schon jetzt steht fest, daß die Freveltat auf die Zustände in unserem Vaterland eine wahrhaft verhängnisvolle Rückwirkung ausübt. Und dies um so mehr, als dieser Mord nicht vereinzelt dasteht, sondern ein Glied in einer Kette weiterer innerhalb weniger Jahre vorangegangener Mordtaten bildet.

Die meuchlerische Tat schändet den deutschen Namen. Und während unser unglückliches, um sein Leben ringendes Volk zu seiner Gesundung und Wiederaufrichtung der inneren Ruhe und der gegenseitigen Verständigung auf dem Boden der Achtung vor dem Gesetze dringender als je bedarf, entflammt solche Tat immer von neuem die Leidenschaften bis zur Siedehitze und treibt unser Volk bis hart an den Rand des Bürgerkrieges, zum Bruderkampf von Deutschen gegen Deutsche.

Die Bluttat gegen das tief beklagenswerte Opfer und seine Familie und die Freveltat gegen das Vaterland ist zugleich die schwerste Verletzung des unverbrüchlichen Gebotes des ewigen und heiligen Gottes: „Du sollst nicht töten!" Auf den ersten Blättern der Heiligen Schrift steht über der Kainstat das Wort: „Die Stimme des Blutes deines Bruders schreit zu mir von der Erde," und als evangelische Christen wissen wir, welche vertiefte Auslegung der Herr der Kirche dem Gebote seines himmlischen Vaters in der Bergpredigt gegeben hat.

Die Verachtung der göttlichen Gebote hat in aller Geschichte den sittlichen Verfall der Völker zur Folge gehabt.

Die Mordtat beleuchtet blitzartig die innere Lage unseres Volkes. Wir klagen unsere Feinde an, daß ihre Verblendung unser Volk in eine Schmach und Not stieß, aus der alle Geister des Abgrundes aufsteigen. Vor allem aber müssen wir uns selbst anklagen. Solche Taten wären nicht möglich ohne eine erschreckende Entsittlichung in weiten Schichten unseres Volkes. Wohin wir schauen: Verrohung des sittlichen Empfindens, Vergiftung des politischen Denkens, Zuchtlosigkeit und Haß. Aber Gott läßt sich nicht spotten: in und über allen Nöten und Kämpfen der Zeit gilt und steht das Gebot Gottes, vor dem jeder dermaleinst Verantwortung und Rechenschaft abzulegen hat, er mag wollen oder nicht.

Wo Untat jetzt auf Untat sich häuft, können wir nicht schweigen, sondern pochen an die Gewissen aller, die mit uns evangelischen Glaubens sind. Es ist eine heilige Aufgabe der evangelischen Kirche, aller ihrer Gemeinden und Glieder und vor allem ihrer Diener, ohne Rücksicht auf politische Parteiverhältnisse Sünde als Sünde zu brandmarken und dadurch an der Entgiftung des politischen Kampfes und seiner Leidenschaften mitzuarbeiten, der Verständigung aller Volksklassen und Volksschichten zu dienen. Der Weg zum Wiederaufbau geht durch Pflichttreue und Arbeit, durch Ordnung und Zucht, nicht durch Mord. Wir wollen unserem Volke zu innerem Frieden helfen. Das fordert der Gehorsam gegen Gott, das fordert die Nachfolge Jesu Christi, das fordert die Liebe zu unserem Volke, das fordert die evangelische Kirche von jedem Glaubensgenossen.

Gott, der Herr segne unsere Mahnung und jeden, der guten Willens ist zu solchem Werk.

Deutscher Evangelischer Kirchenausschuß.

Mietzinsregelung.

In der Sitzung der Mietzinskommission vom 18. d. Mts. waren neu erschienen für das Amtsgericht Oberamtsrichter Antoni, sowie seitens der Hausbesitzer Oberjustizsekretär Heber.

V.

Die nach § 4 RMG. an sich zu den Betriebskosten gehörenden Verwaltungskosten sind gem. § 16 Ausf.-VO. auch in dem hier angewendeten Falle des § 14 Ausf.-VO. in einem Hundertsatze festzusetzen. Dieser Satz beträgt nach der Vorschrift der Ausf.-VO. nach dem Stande vom 1. Juli 1922 mindestens 5 und höchstens 15 v. H. der Grundmiete. Ueber den Satz von 15 v. H. der Grundmiete darf somit zunächst nicht hinausgegangen werden. Nach dem Rahmen der Verordnung soll also der Zuschlag für Verwaltungskosten 25—75 M für 10 000 M Steuerwert betragen.

Vom Grund- und Hausbesitzerverein wird gegen die Zumutung einer so geringen Vergütung protestiert und eine Vorstellung an das Arbeitsministerium wegen Abänderung des § 16 Ausf.-VO. empfohlen. Der Vertreter der Stadtgemeinde erklärt, daß eine Kritik der Ausf.-VO. außerhalb der Aufgabe der Kommission liege und daß dem Stadtrat auch nicht zugemutet werden könne, wegen anderweiter Fassung des § 16 beim Arbeitsministerium vorstellig zu werden. Der Vorsitzende des Grund- und Hausbesitzervereins legt dar, daß mit einem Satze von 0,75 v. H. des Steuerwerts kein Haus verwaltet werden könne. Aus der Mitte der Kommission wird die Annahme des Höchstsatzes vorgeschlagen; dieser müsse, wenn er sich als unzureichend erweise, in Anwendung des § 9 Ausf.-VO. demnächst erhöht werden. Der Vorsitzende des MEA. macht darauf aufmerksam, daß die entsprechenden Sätze in Sachsen 10 bis 20 v. H. der Grundmiete betragen und auf die Bestimmung für Bayern, wonach ein Betrag für Verwaltungskosten nur insoweit zugeschlagen werden dürfe, als die Kosten der Hausverwaltung die üblichen Kosten der Verwaltung eines Vermögens übersteigen. Auch der Ausführungserlaß des Arbeitsministeriums besagt, daß die Hausverwaltung für den Hausbesitzer im allgemeinen eine Nebenarbeit sei. Der Vertreter des Mieter- u. Untermietervereins bekämpft auch diesen Satz von 15 v. H. und schlägt einen solchen von 10 v. H. vor. Der Vorsitzende des Hausbesitzervereins hält den Vergleich mit den Kosten der Vermögensverwaltung für unzutreffend, weil die Verwaltung eines Hauses viel mehr Zeitaufwand erfordere. Der Antrag auf Festsetzung des Zuschlags für Verwaltungskosten auf 15 v. H. der Grundmiete wird schließlich mit 9 gegen 6 Stimmen unter Stimmenthaltung der vier Vertreter des Hausbesitzervereins angenommen.

Instandsetzungskosten im allgemeinen.

Man trat hierauf in eine allgemeine Aussprache über die Zuschläge für Instandsetzungskosten ein. Nach §§ 16 und 21 Ausf.-VO. sollen die Zuschläge für laufende und für große Instandsetzungen nach dem Stande vom 1. Juli 1922 mindestens je 60 v. H. der Grundmiete, d. i. 3 v. H. des Steuerwerts betragen. Seitens der Vertreter des Grund- und Hausbesitzervereins wird an Hand von Beispielen zahlenmäßig dargelegt, wie die Instandsetzungskosten außerordentlich gestiegen sind und daß mit dem bisherigen Satze von 3 v. H. des Steuerwerts für alle Instandsetzungen bei weitem nicht auszukommen ist. Rechtsanwalt Dr. Kullmann gibt zu, daß wegen der außerordentlich hohen Kosten dem Hausbesitzer zurzeit nur die ganz notwendigen Ausbesserungen zugemutet werden können und weist auf die vielfach bestehende Gepflogenheit hin, Neutapezierungen u. dergl. dem Mieter selbst zu überlassen. Architekt Willet regt die Einsetzung einer paritätischen Unterkommission an, die die durchschnittliche tatsächliche Höhe der Instandsetzungskosten ermitteln solle. Von verschiedenen Seiten wird hervorgehoben, daß die Bewilligung angemessener Zuschläge für die Instandsetzungen ganz unerläßlich sei, wenn die Häuser einigermaßen erhalten werden sollen. Der Vertreter des Mieterschutzvereins will die laufenden Instandsetzungen den Mietern selbst überlassen haben, wobei von einem Zuschlag zur Miete für ihre Kosten abzusehen sei. Demgegenüber wird mit Recht darauf hingewiesen, daß nach § 20 RMG. die bisher gebräuchlichen Vereinbarungen des Inhalts, wonach die Ausbesserungen, wenigstens bis zu einem gewissen Betrag im Einzelfall, z. B. bis zu 30 M, dem Mieter obliegen, ihre Gültigkeit verlieren. Diese Regelung wird in dem Augenblick widersinnig, in dem der Vermieter mit der gesetzlichen Miete einen besonderen, den heutigen Preisverhältnissen angepaßten Zuschlag für Instandsetzungsarbeiten erhält; deshalb wird in diesen Fällen § 536 BGB. zum zwingenden Recht erhoben. Dem Vorschlag, die Instandsetzungen den Mietern zu überlassen, wird mehrfach widersprochen.

Der Gegenstand führte zu einer längeren und lebhaften Auseinandersetzung. Von der Einsetzung einer besonderen Unterkommission wird abgesehen. Wurde doch auch bei der bisherigen Regelung der Hundertsatz für Instandsetzungen auf Grund der vorgetragenen Durchschnittsberechnungen in der Mietzinskommission selbst festgelegt. Nach den Ausführungen des Vertreters der Stadtgemeinde wird aber mit einem Zuschlag für Instandsetzungskosten in Höhe von 400—600 v. H. der Grundmiete, d. i. von 20 bis 30 v. H. des Steuerwerts von 1914, zu rechnen sein; freilich mit der gesetzlichen Gewähr dafür, daß die auferlegten Beträge auch wirklich für die Instandhaltung verwendet werden.

Dr. Fr.

Amtliche Nachrichten

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Professor Dr. Karl Dürr am Gymnasium in Heidelberg zum Direktor der Lessingschule in Mannheim, Oberreallehrer Anton Winterhalter an der Taubstummenanstalt in Meersburg zum Direktor daselbst.

Versetzt:

Zeichenlehrer Franz Buchegger vom Vorseminar in Tauberbischofsheim an die Realschule daselbst, Zeichenlehrer Ludwig Maurer von der Realschule in Tauberbischofsheim an jene in Schwetzingen.

Zuruhegesetzt:

Professor Philipp Kautzmann am Gymnasium in Mannheim auf Ansuchen, Professor Georg Gangnus am Gymnasium in Durlach bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Evang. Kirchenregierung.

Die Evangelische Kirchenregierung hat bestätigt: den von der Kirchengemeinde Ottoschwanden gewählten Pfarrverwalter Jakob Fünfgeld in Ottoschwanden, den von der Kirchengemeinde Fahrenbach gewählten Pfarrverwalter Peter Katz in Fahrenbach dort und den Pfarrverwalter Lic. Karl Rose in Boxberg zum Pfarrer in Kenzingen ernannt.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt:

Bürogehilfe Franz Dankwardt bei der Landeshauptkasse in Karlsruhe zum Finanzassistenten.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Mittwoch, den 19. Juli 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN	Temp. C°	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
	mm					
Hamburg	751,4	15	W	schwach	bedeckt	21
Danzig	745,9	14	WSW	mäßig	Regen	8
Berlin	750,7	11	SW	mäßig	Regen	47
Frankfurt	763,8	12	SW	mäßig	Regen	2
München	760,6	12	WSW	frisch	bedeckt	2
Kopenhag.	749,0	15	N	mäßig	wolkls.	0
Stockholm	747,6	15	NNW	mäßig	wolkig	0
Haparanda	754,1	16	NO	frisch	wolkig	0
Skudenes	754,0	13	N	mäßig	Nebel	0
Valentia	—	—	—	—	—	—
Paris	765,4	13	WNW	mäßig	wolkig	1
Toulouse	767,9	16	WNW	mäßig	bedeckt	0
Zürich	763,8	12	SW	leicht	bedeckt	8
Wien	758,0	14	W	stark	wolkig	0
Spitzbergen	763,0	7	NNW	mäßig	wolkig	1
Bäreninsel	759,6	9	SO	frisch	halbbd.	0
Jan Mayen	—	—	—	—	—	—
Seydisfjord (Island)	765,0	6	—	still	halbbd.	—

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7¹

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	11	18	10	S	stürm.	Nebel	4
Königstuhl Seehöhe 563 m							
759,4	8	15	7	W	mäßig	Nebel	10
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
761,2	11	19	10	SW	mäßig	bedeckt	5
Badenweiler Seehöhe 420 m							
—	9	17	10	W	stark	Regen	1
Villingen Seehöhe 712 m							
764,4	8	16	7	W	leicht	Regen	5
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
653,8	4	9	3	S	schwach	Regen	8

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Ein Ausläufer des Tiefdruckgebietes über der Ostsee hat sich bis Süddeutschland ausgebreitet und bringt heute in unserem Gebiet ausgebreitete Regenfälle. Infolge der andauernden nördlichen Luftströmungen herrscht über ganz Mitteleuropa sehr kühles Wetter und auf dem Hochschwarzwald liegt die Temperatur nur wenige Grade über dem Gefrierpunkt. Da jetzt neue Druckstörungen nicht mehr zu erwarten sind, wird allmählich das südwestliche Hochdruckgebiet vorstoßen und Aufheiterung und langsame Erwärmung bringen.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 20. Juli: Langsame Aufheiterung, meist trocken, etwas wärmer, schwächere westliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	19. Juli		18. Juli
Schusterinsel	3.10 m		3.22 m
Kehl	3.98 m		4.22 m
Maxau	6.15 m		5.91 m
„	— m	mittags 12 Uhr	6.00 m
„	— m	abends 6 Uhr	6.07 m
Mannheim	5.02 m		4.53 m

WANZEN
kann jedermann auf die billigste Weise durch Ausräuchern der Räume mit meinem neuen A. S.-Verfahren unter Garantie vertilgen. Man verlange ausführl. Belehrungsschrift. **Chem. Fabrik Anton Springer,** nur Ettlingerstraße 51. Telephon 2340

Tisch-Bett-Wäsche bearbeitet **Schorpp** Kragen-Wäscherei.

Kaufgesuche

Haus in ordentl. Zustand von Selbstkäufer gegen größ. Anzahl. oder Barzahlung zu k. ges. Ang. mit Preis unter Nr. 1153 ins Tagblattbüro erbeten.

Douglasstraße 12 Telephon 3616
Häuser jeder Art und Preislage teils beziehbar kauft und verkauft **Karlsruher Liegenschafts- und Hypotheken-Büro.**

Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer, einzelne Möbel, Betten, Polster- u. Küchenmöbel, Wäsche, Vorhänge **kauft** fortwährend **S. Hirschmann,** Zähringerstr. 29.

Zu kauf. gesucht. Bett, Schrank, Sofa, Vertiko u. Küchenschrank. Ang. unt. Nr. 1152 ins Tagblatt.

Waffen aller Art kauft **A. Böttcher,** Adlerstr. 40.

Alte Silber-, Gold- u. Platin-Gegenstände zu gewerblichen Zwecken kauft **zu höchsten Tagespreisen**
Hermann Gengenbach Goldschmied und Juweler Kaiserstraße 243.

Rohproduktenhaus Durlach
Altmetalle kauft laufend zu Tagespreisen
Alteisen, Metalle, Lumpen, Papier.
Größere Posten werden auf Wunsch abgeholt.
H. Blech & Cie., Durlach Schloßstraße (Kaserne). — Telephon 403.

Kaufe und verkaufe fortwähr. Betten, Federbetten, Schränke, Vertikos, Wasch-Kommoden, Kommod., Tische, Stühle, sonst. Möbel jeder Art, Polster- u. Küchenmöbel, ganze Einrichtungen. **D. Gutmann** Rudolfst. 12

Gutes Klavier zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1104 ins Tagblattbüro erbet.

Pelz, Muff, Pelzmantel wenn auch unmodern, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1137 ins Tagblattbüro erbeten.

Altmetalle Papier, Akten, Bücher, Eisen, Möbel, Kleider, Schuhe, Keller- und Speicherkram kauft **Feuerstein,** Fasanenstr. 26. Tel. 3481.

Städtisch. Konzerthaus Gesamtgastspiel des Neuen Operettentheaters Bonn Leitung: Direktor Adalbert Steffter. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, letzte Aufführung **Die keusche Susanne.**
Morgen Freitag, abends 7½ Uhr Vorstellung für Verein Volksbühne J 10 **Alt Wien.**
Samstag, den 22. Juli, abends 7½ Uhr, **Mascottchen.** Operette in 3 Akten von Walter Bremme.

Gold- und Silber- Gegenstände in jeder Form kauft laufend zu höchstem Preis **F. Hirth,** Augustastraße 1.

Gebrauchte Uhren aller Art sowie **Regulateure,** wenn auch reparaturbedürftig, kaufe fortwährend, auch **Zahngebisse** und zahle 50 Mk. und mehr pro Zahn. **J. Geiman,** Uhrmacher, Zähringerstr. 36.

Wein-, Sekt- u. Bordeauxflaschen Eisen, Metalle, Lumpen, Papier, Akten, Bücher etc. kauft zu höchsten Preisen. Auf Wunsch Abholung **Jakob Schneller,** Rohprodukte Durlacherstraße 34 Telefon Nr. 1597.

Baubund-Möbel in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.
Eigene Verkaufsstellen:
Karlsruhe, Karlfriedrichstr. 22
Freiburg, Kaiserstr. 27
Bruchsal, Gewerbehalle a. Markt
Pforzheim, Theaterstr. 15
Offenburg, Steinstr. 2
Mosbach, Hauptstr. 12
Singen a. H., Scheffelstr. 25
Konstanz, Roßgartenstr. 31.
Badischer Baubund G. m. b. H. Gemeinnütziger Möbelvertrieb Telephon 5157 Karlsruhe Am Rondellplatz

Bäder- u. Kuranzeigen finden weitestgehende Verbreitung durch das „Karlsruher Tagblatt".

Auf dem Transport beschädigte **Eier** preiswert bei **Ch. Schäfer,** Rowacks-Anlage 7.

Vor dem Verderben durch Schimmel u. Gärung werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit **Dr. Oetker's Einmache-Hülfe** einmacht. Dies ist das **einfachste, billigste** u. trotzdem **ausgezeichnete** Verfahren.
1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.
Rezepte zum Einmachen umsonst in den Geschäften!
Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an **Dr. A. Oetker, Bielefeld.**

Todes-Anzeige.

Nach schwerem Leiden starb heute unsere gute Mutter und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Luise Berger Wwe.
geb. Graf

Karlsruhe, den 19. Juli 1922.

Familie **W. Berger**
Erika Berger.

Feuerbestattung: Freitag, 2 Uhr, nachmitt.

Trauerbriefe jeder Art liefert rasch und in tadelloser Ausführung die **Tagblatt-Druckerei** Ritterstraße 1, Fernspr. 297.

Ia Kinder- Damen- Stiefel billigst bei **Josef Zepf, Schuhhaus,** Durlacherstraße 3, am Durlacher Tor.

Kurhaus Thomashof Durlach. Schöne, sonnige Höhenlage am Waldrand; vollständig neu hergerichtet, gute Verpflegung aus eigener Landwirtschaft. Mäßige Preise. Nimmt Kurgäste auf. Verwalter Rau.

Aus Baden

Spätjahrsprüfung der Rechtskandidaten.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Abhaltung der diesjährigen Spätjahrsprüfung der Rechtskandidaten ist für die zweite Hälfte des September d. J. in Aussicht genommen. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats August beim Justizministerium einzureichen.

Rechtzeitige Eindeckung mit Düngemitteln.

Es muß schon jetzt für eine möglichst schnelle und reibungslose Abbeförderung von Kartoffeln im Herbst aus den Ueberschußbezirken in die Bedarfbezirke Vorsorge getroffen werden. Zu diesem Zwecke soll in stärkerem Umfange als bisher während der Sommermonate eine Abbeförderung der Güter durchgeführt werden, deren Transport im Herbst nicht unbedingt erforderlich erscheint, um auf diese Weise während der Herbstmonate möglichst viele Wagen für den Kartoffelversand frei zu bekommen. Dies gilt besonders von den künstlichen Düngemitteln. Alle landwirtschaftlichen Kreise werden daher dringend aufgefordert, sich bereits während der Sommerzeit mit künstlichen Düngemitteln einzudecken. Das Reichsverkehrsministerium hat für den Abtransport von Kali einen ermäßigten Frachttarif eingeführt. Es sei auch besonders darauf hingewiesen, daß, falls sich im Herbst die Wagenknappheit wiederholt, vorübergehend etwa vom 15. September bis 1. Oktober mit einer Beförderungssperre der künstlichen Düngemittel gerechnet werden muß.

Die Getreideabgabe.

Das neueste badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 53) enthält die Verordnung des Ministeriums des Innern über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. Die Verordnung schließt sich eng an das am 4. Juli 1922 erlassene Reichsgesetz über die Getreideumlage an. Es wird in der badischen Verordnung bestimmt, daß die ländlichen Kommunalverbände das Umlagesoll in der Regel auf die Gemeinden verteilen und daß diesen die Unterverteilung auf die Landwirte obliegt. Die städtischen Kommunalverbände verteilen das Liefersoll unmittelbar auf die Landwirte. In der Verordnung wird dann u. a. noch bestimmt, daß der Kommunalverband die näheren Anordnungen über die Herstellung von Krankenbrot aus dem von dem Kommunalverband gelieferten Krankenmehl trifft, und daß die Bäcker und Mehlhändler verpflichtet sind, das von dem Kommunalverband gelieferte Mehl völlig getrennt von anderen Mehlbeständen zu halten.

Wenig erfreulicher Stand der Reben.

In der Zeitschrift „Weinbau und Kellerwirtschaft" wird festgestellt, daß der Stand der Reben in Baden heute nicht mehr so erfreulich ist, weil fast über Nacht in zahlreichen Weinbergen, die nur einmal oder zu wenig sorgfältig gespritzt wurden, die Peronospora aufgetreten ist. Auch der Mehltau stellte sich in den dumpfen Lagen an den Trauben ein. Ob das Spritzen allerdings noch viel nützen wird, ist zweifelhaft, dagegen wird sich durch intensiveres Schwefeln bei nicht zu heißem Wetter der Mehltau wohl unterdrücken lassen.

*

t. **Durlach**, 19. Juli. Veranlaßt durch die Ausschreitungen (Zerstörung wertvoller historischer Gemälde), haben die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen, die Kommunisten, der Zentralrat der Betriebsräte und der Bürgermeister einen Aufruf erlassen, in dem vor ferneren Ausschreitungen und Sachbeschädigungen bei etwaigen künftigen Demonstrationen gewarnt wird. In dem Aufruf wird aber auch die Landwirtschaft und die Geschäftswelt aufgefordert, die angesetzten Preise nicht zu überschreiten.

t. **Schwetzingen**, 19. Juli. Ein Feldhüter schoß am Sonntag morgen zusammen mit seinem Neffen auf Leute, die er fälschlicherweise für Felddiebe hielt. Nur durch Zufall wurde keine Person verletzt. Die Schützen gelangten wegen Bedrohung und unbefugten Waffentragens zur Anzeige.

t. **Edingen** bei Schwetzingen, 19. Juli. Beim Spielen auf einer Leiter stürzte ein neunjähriger Knabe aus dem etwa 4½ Meter hohen Gebälk einer Tenne auf den Boden und zog sich einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen er nach seiner Verbringung ins Heidelberger Krankenhaus starb.

t. **Heidelberg**, 19. Juli. Die Räume des hiesigen Amtshauses haben sich schon längst als zu klein erwiesen. Die badische Regierung hat nun beschlossen, zur Beschaffung weiterer Diensträume mit einem Aufwand von 1 Mill. Mark das Pirsch'sche Haus zu erwerben. Die Kosten der Instandsetzung der Räume dieses Hauses, sowie der Umbau des Amtshauses erfordern weiterhin 1 Mill. Mark, so daß ein Gesamtaufwand von 2 Mill. Mark notwendig ist, der im ersten Nachtrag zum Staatsvoranschlag angefordert wird.

t. **Ettlingen**, 19. Juli. Der Streik bei der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen ist wieder beendet. Die Direktion hat eine Teuerungszulage im Einvernehmen mit der Arbeitsgemeinschaft für das Textilgewerbe zugesagt. Die Arbeit wurde sodann nach vorausgegangener Versammlung um 1 Uhr gestern nachmittag wieder aufgenommen.

t. **Rastatt**, 19. Juli. Der Gemeinderat beschloß, einer größeren Anzahl von Landwirten, namentlich in Ottersdorf, die Entziehung der Pachtgrundstücke anzudrohen, wenn sie ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllten. Zu diesem Vorgehen geben auch die älteren Pachtverträge eine Handhabe. Ferner soll säumigen Landwirten die Abgabe von Dung- und Ammoniakwasser verweigert werden.

H. **Baden-Baden**, 19. Juli. In der jüngsten Sitzung der Kirchengemeindeversammlung, die unter dem Vorsitz von Stadtpfarrer D. Hesselbacher stattfand, wurde u. a. auch der Voranschlag für 1922/23 beraten. Zuerst wurde der Bescheid zur Rechnung des Kirchenfonds und der örtlichen Kirchensteuer für 1. April 1920/21 bekannt gegeben und diesem zugestimmt. Bei den hierauf folgenden Wahlen wurden in den Kirchenausschuß Rechnungsrat a. D. Askani unnd Frau Dobmann, in den Finanzausschuß gleichfalls Rechnungsrat a. D. Askani gewählt. Der Voranschlag wurde eingehend beraten und genehmigt und sodann beschlossen, zur Aufbringung der Mittel des vorläufigen Fehlbetrags ein Anlehen von 200 000 Mark aufzunehmen, das aus der später zur Erhebung kommenden Kirchensteuer zurückbezahlt wird. Das der Evang. Kirchengemeinde gehörige Böhmersche Haus im Stadtteil Lichtental hat einen Käufer gefunden, der für das Anwesen einen Preis von 500 000 Mark zahlen wird. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zum Verkauf des Hauses. Nach zweistündiger Beratung konnte die Sitzung geschlossen werden.

t. **Offenburg**, 19. Juli. Hier tagte vor einigen Tagen der Landesverband Badischer Klein- und Obstbrenner. Die Versammlung forderte den restlosen Zusammenschluß sämtlicher Brenner, weil man das süddeutsche Brennergewerbe durch kommende Maßnahmen des Reiches bedroht sieht. Mit der Führung der Verbandsgeschäfte wird neben dem Bürovorsteher Scheer-Karlsruhe der neuernannte Syndikus Dr. Keßler Oberachern beauftragt.

t. **Freiburg**, 19. Juli. Bei den Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß erhielten der Hochschulring Deutscher Art 9 Sitze, der Verband Katholischer Deutscher Studierender 8 Sitze, die Freie Hochschulgruppe 5 Sitze und die Deutschen Freistudenten 3 Sitze.

t. **Bonndorf**, 19. Juli. Wahrscheinlich durch giftige Pilze, die ins Futter geraten waren, ist der gesamte Pferdebestand, zwei junge Tiere, ein älteres Pferd und ein Jungfohlen, des Landwirts Keller in Manchen zugrunde gegangen. Der Schaden wird auf gegen 200 000 Mark geschätzt.

t. **Singen a. H.**, 19. Juli. Die hiesige Gendarmerie- und Polizeistation wird durch eine besondere Kriminalabteilung erweitert werden. (Man geht nicht fehl, wenn man diese Errichtung einer Kriminalabteilung in Singen mit den Vorgängen der letzten Zeit in Zusammenhang bringt. Auch im Landtag wurde betont, daß der polizeiliche Schutz in Singen durchaus ungenügend ist.)

t. **Konstanz**, 19. Juli. Als Kriminalbeamter gab sich der Schreiner Julius Deyer einem Kreuzlinger Fabrikanten gegenüber aus und erklärte, er müsse Erhebungen über ein angebliches Verbrechen machen, das die Frau des Fabrikanten vor etwa 10 Jahren begangen habe. Wenn er tausend Franken bekomme, wolle er die Sache vertuschen. Der Fabrikant ging auf das Angebot ein und ließ den falschen Kriminalbeamten in ein Konstanzer Hotel kommen. Hier wurde er verhaftet.

Aus Nachbarländern

= **Herrenalb**, 19. Juli. Die letzte Vorstellung des Bad. Landestheaters vor den Ferien brachte am Sonntag bei ausverkauftem Hause eine Aufführung von Sudermanns „Johannisfeuer". Damit schloß die erste Reihe der Theatervorstellungen benachbarter großer Bühnen mit sich stets steigerndem Erfolg. Vom nächsten Sonntag an kommen in regelmäßiger Folge die Baden-Badener mit Operette und Lustspielen. Ende August beabsichtigt Kurkommissar Lange neben weiteren Aufführungen des Karlsruher Schauspiels eine Opernvorstellung von Rossinis „Barbier von Sevilla".

Aus dem Stadtkreise

Die Kreditnot.

Die Handwerkskammer Karlsruhe befaßte sich eingehend mit der in den letzten Wochen eingetretenen ungeheueren Geldknappheit, wodurch geradezu umstürzende Wirkungen auf Handwerk und Gewerbe eintreten werden, sofern sich die Kreditnot noch verschärfen sollte. Die Ursache dieser Kreditnot ist aber nicht allein in dem furchtbaren Hochschnellen der Preise zu suchen, sondern zum überwiegenden Teil in dem Kapitalschwund der Betriebe. Die Kapitalien in Handwerk und Gewerbe haben sich nicht entsprechend der Geldentwertung vermehrt. Konnten früher die Rohstofflager, ein Teil der Löhne usw. aus eigenen Mitteln des Betriebes beschafft werden, so ist dies heute nicht mehr möglich. Die Banken müssen den Betrieb über den früher gewährten Kredit hinaus auch mit Bankkredit finanzieren, was ehedem mit Eigenkapital finanziert wurde.

Der Kreditnot kann nur gesteuert werden, wenn Handwerk und Gewerbe sofort darangehen, weitere Verluste im Kapital zu verhindern. Es dürfen künftighin Mittel, die bisher Teile des Kapitals darstellten, nicht mehr konsumtiv, sondern produktiv verwendet werden. Dies erfolgt durch eine präzise Kalkulation und durch Inrechnungstellung eines Geldwertveränderungskoeffizienten bei der Bilanzierung. Es ist ferner allgemeine Tatsache, daß das Kreditbedürfnis in allen Berufszweigen so groß ist, daß die Sparkassen und Banken nicht mehr in der Lage sind, den Anforderungen hinsichtlich der Kreditgewährung nachkommen zu können und die notwendigen Mittel für die Kreditgewährung herbeizuschaffen. Infolge der Beseitigung des Bankgeheimnisses und des Depotzwanges sind immer noch sehr erhebliche Mengen von Reichsbanknoten versteckt und im Interesse der Steuerhinterziehung bei einzelnen Personen, insbesondere auf dem Lande, aufgespeichert. Gerade im gegenwärtigen Moment, in dem sich die Knappheit am Geld- und Kapitalmarkt von Tag zu Tag stärker ausprägt, besteht ein außerordentliches Interesse daran, diese versteckten Noten hervorzulocken und sie den Banken zuzuführen. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn sofort an die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses für Kassen und Banken geschritten wird. Die Handwerkskammer läßt es dahingestellt sein, ob die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses dauernd oder nur vorübergehend sein soll, jedenfalls ist im gegenwärtigen Zeitpunkt die Forderung nach Wiedereinführung des Bankgeheimnisses berechtigt, weshalb die Handwerkskammer die Frage genau untersucht hat und entsprechende Schritte zu unternehmen beabsichtigt. Sie geht dabei von dem Standpunkt aus, daß auch die übrigen Körperschaften und die Spitzenorganisationen der unter der Kreditnot leidenden Erwerbsstände ähnliche Schritte unternehmen werden.

*

Anderslautenden Börsengerüchten gegenüber sei festgestellt, daß die Regierung grundsätzlich am Fortbestehen des Depotzwanges, auch für festverzinsliche Werte, festzuhalten gewillt ist. Es entspricht also in keiner Weise den Tatsachen, wenn behauptet wird, die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses für Rentenwerte stünde unmittelbar bevor. Die Lage ist vielmehr die: Der Kredit-Unterausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat sich vor kurzem mit diesen Fragen beschäftigt und dabei eine Resolution angenommen, die der Regierung empfiehlt, die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses in die Wege zu leiten. Die Regierung verhält sich jedoch, wie erwähnt, ablehnend, so daß eine weitere Behandlung dieser Frage erst dann eintreten kann, wenn sich der Reichstag entweder mit einer Verlängerung des Kapitalfluchtgesetzes oder eventuell mit seiner Abänderung auf Grund seiner Beratungen mit dem Garantiekomitee beschäftigen wird.

Touristensonderzüge nach dem Schwarzwald.

Die vom Badischen Verkehrsverband in Verbindung mit den örtlichen Verkehrsvereinen veranstalteten Sonderzüge erfreuen sich so außerordentlich großer Beliebtheit, daß die Mehrzahl der Züge doppelt gefahren werden muß. Der erste Sonderzug verkehrte am 9. Juli von Mannheim über Karlsruhe nach Freiburg, der zweite am 16. Juli von Mannheim über Heidelberg, Bruchsal nach Baden-Baden. Die Anmeldungen für den Sonderzug nach Triberg waren so zahlreich, daß vorläufig 4 Sonderzüge, je 2 ab Mannheim und 2 ab Karlsruhe vorgesehen worden sind. Die beiden Sonderzüge ab Karlsruhe verkehren am 23. Juli und 6. August. Abfahrt von Karlsruhe jeweils 5.50 Uhr früh, Ankunft in Triberg 8.55 Uhr vormittags. Rückfahrt 8 Uhr abends. Karlsruhe an 10.47 abends. Zu diesen beiden Zügen sind Fahrkarten nur noch in beschränkter Zahl erhältlich. Am 13. August wird ein Sonderzug nach Konstanz veranstaltet werden, Karlsruhe ab 3.24 Uhr früh, Konstanz an 9.12 Uhr vormittags, Konstanz ab 7 Uhr abends, Karlsruhe an 1.46 Uhr nachts. Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle des Badischen Verkehrsverbandes Kaiserstraße 145, Eingang Lammstraße, oder an den Verkehrsverein, Kaiserstraße 158, zu richten.

Versicherungskarten und Vordrucke für die Angestellten-Versicherung.

Die nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtigen Angestellten haben sich von der für ihren Beschäftigungsort zuständigen örtlichen Ausgabestelle eine Versicherungskarte ausstellen zu lassen. Dort werden auch mit Quittungsvermerken ausgefüllte, verlorene, unbrauchbar gewordene und zerstörte Karten durch neue ersetzt. Die alten Karten bleiben im Besitz der Versicherten und sind gut aufzubewahren. Auch die Vordrucke zu den Uebersichten, die von den Arbeitgebern bei der Einzahlung der Beiträge einzureichen sind, werden kostenlos von den Ausgabestellen abgegeben. Die für den Zahlungsverkehr mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bestimmten roten Zahlkarten sind auf dem für den Geschäftsbetrieb zuständigen Postamt erhältlich.

*

Die erzieherische Bedeutung eines vernünftigen Notgeldsammelns. Es steht außer Zweifel, daß der Sammeltätigkeit des Notgeldes eine große Bedeutung zukommt. Jeder, der sich damit befaßt, wird zum frühen Sparen angeregt, mittelbar, um Geld zur Beschaffung neuer Sammel-Objekte aufzuhäufen, unmittelbar, weil die Sammlung selbst Geld ist und einer zum Teil noch nicht zu überschauenden Wertsteigerung sich erfreut. Der Sammler schafft sich dadurch eine kleine Kapitalanlage, an derem Wachsen er seine Freude hat, materieller Gewinn paart sich mit ideellem Genuß. Die unendlich vielen volkskundlichen und heimatgeschichtlichen Episoden, die das in Bildern und Texten entgegentreten, vertiefen außerdem die Heimatliebe und vor allem die Liebe zu unserem gedemütigten Vaterlande. Der „Deutsche Notgeld-Sammler-Bund", Dresden-A. 116, Gerokstraße 7, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Sammeltätigkeit zu fördern und in vernünftige Bahnen zu lenken. Gegen einen ganz geringen Mitglieds- und Unkostenbeitrag erhält jeder eine fortlaufende Sammlung und fast durchgängig zum Nennwert.

Erhöhung der Gebühren im Paket- usw. Verkehr nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket- und -Telegrammverkehr sowie für Ferngespräche nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 10. Juli an auf 100 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Auslande maßgebend. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

Kesselexplosion. Am Dienstag vormittag gegen 12 Uhr entstand in einer Gießerei in der Oststadt dadurch eine Kesselexplosion, daß sich in einem Gußofen Gase entwickelten und durch den entstandenen Druck die Seitenwände des Heizungskessels durchgedrückt wurden. Ein Teil der Schmelzmasse ergoß sich in den Heizraum. Gebäudeschaden entstand nicht, auch kamen keine Personen zu Schaden. Die alarmierte Feuerwache brauchte nicht einzugreifen.

Ohnmachtsanfall. Dienstag morgen ½10 Uhr erlitt eine Witwe auf dem Wochenmarkt auf dem Marktplatz einen Ohnmachtsanfall. Die Kranke wurde von der Polizeiwache, wohin sie gebracht worden war, um 10 Uhr im Krakenauto nach dem Krankenhaus überführt.

Unfälle. Dienstag nachmittag 3 Uhr erlitt ein Elektromonteur in einer Fabrik in der Oststadt dadurch einen Unfall, daß er beim Anlaufenlassen eines Ventilators die Finger der rechten Hand den sich drehenden Flügeln zu nahe brachte und an zwei Fingern erhebliche Verletzungen davontrug. — Am 13. Juli lief ein 5½ Jahre alter Knabe beim Ueberqueren der Kaiser-Allee einem Radfahrer ins Rad und wurde zu Boden geworfen. Der Knabe, der einen Bruch des rechten Unterschenkels davontrug, fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus.

Festgenommen wurden: ein Friseur wegen Landstreicherei, ein Strumpfwirker wegen Obdachlosigkeit, ein Bautechniker und ein Taglöhner wegen falscher Namensangabe und Landstreicherei, eine Arbeiterin wegen Gewerbsunzucht und ein Bergmann wegen Falschmeldung.

Veranstaltungen.

Sommeroperette im Städt. Konzerthaus. Heute Donnerstag kommt zum letzten Male die Operette „Die keusche Susanne" zur Wiedergabe. — Die für Samstag, den 22. ds. Mts. angesetzte Operette „Mascottchen" ist für Karlsruhe neu, obwohl diese den Spielplan der meisten bedeutenden Operettenbühnen beherrscht.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 18. Juli: Johann Mark von Segnitz, Schlosser in Obermenzing, mit Maria Heinkel von hier; Adolf Malsch von hier, Schlosser hier, mit Paula Wiegert von hier; Frdch. Mayfack von Flüm, Kfm. in Mannheim, mit Emma Bauz von hier; Albert Melcher von Saarburg, Mechaniker in Durmersheim, mit Anna Hermann von hier.

Geburten. 15. Juli: Theresia Karoline, Vater Ernst Stembach, Blechner. — 16. Juli: Alfred Ludwig, Vater Luigi Fedon, Taglöhner; Einh. Willy Heinrich, Vater Adolf Stolz, Schlosser; Josef Willi Paul, Vater Paul Pfäffle, Kfm. — 17. Juli: Elsbeth Berta, Vater Rudolf Fleig, Metzgermstr.; Werner Emil Arnold, Vater Erwin Wehrle, Lok.-Heizer; Maria Brigitte, Vater Lud. Heinsheimer, Staatsanwalt; Walter Wendelin Friedrich, Vater Friedr. Gartner, Postsekretär. — 18. Juli: Amalie Else, Vater Leop. Küchlin, Schlosser. — 19. Juli: Karl Wilhelm, Vater Peter Belschner, Masch.-Arbeiter.

Todesfälle. 18. Juli: Rosa Fritz, alt 47 Jahre, Ehefr. v. Emil Fritz, Sattler. — 19. Juli: Magdal. Stoll, alt 79 Jahre, Wwe. v. Ludwig Stoll, Eisendreher.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, den 20. Juli: 2 Uhr: Marie Kaltenbach, led., Damenschneiderin, Rudolfstr. 19. — 3 Uhr: Rosa Fritz, Ehefr. v. Emil Fritz, Sattler, Schützenstr. 102.

Sport-Spiel

Schwimmen.

Die Oberrheinmeisterschaft 1922 über 3000 Meter kam am Sonntag beim Internationalen Schwimmfest des Schwimmclub Schaffhausen zum Austrag. Welch großes Interesse dem Kampfe entgegengebracht wurde, zeigte die rege Teilnahme. 27 Herren und 33 Damen erschienen am Start, nachdem ihnen vonseiten der Schweizer ein überaus freundlicher Empfang zuteil geworden war. Schwimmer aus Oesterreich, Ungarn, Frankreich, Deutschland (Nürnberg, Fürth, Karlsruhe, München-Gladbach, Neuköln) und der Schweiz stritten um die Siegespalme. Der Kampf selbst litt teilweise unter der unfreundlichen Witterung.

Die Ergebnisse waren: Herren: 1. Goldemund-Wien, 2. Rahm, Karl-Schaffhausen. Damen: 1. Frl. Frantzel, Paula-Wien, Inh. der Donaumeisterschaft, 2. Frau Dr. Lotte Grabow, Karlsruher Schwimmverein, ½ Meter zurück.

Der Karlsruher Schwimmverein kann stolz darauf sein, in solch heiß umstrittenem Kampf eine Siegerin stellen zu dürfen. Nach dem Kampfe wurden die Schwimmerinnen und Schwimmer vom festgebenden Verein in liebenswürdigster Weise durch heißen Tee erwärmt. Noch selten sah man so viele Konkurrenten bei einer langen Strecke vereinigt. Dies gibt uns die Gewißheit, daß der Schwimmsport einer guten Zukunft entgegengeht.

Tagesanzeiger.

Donnerstag, den 20. Juli 1922.

Städt. Konzerthaus: „Die keusche Susanne". Abends 7½ Uhr.

Munzsches Konservatorium: Prüfungskonzerte. Abends 8 Uhr im Saale der „Eintracht".

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 19. Juli (abends).

Belgien	3950	Schweiz	—
Paris	4150	London	2200
Neuyork	493	Italien	—
Holland	19300		

Tendenz: befestigt.

Industrien / Handel / Verkehr.

Mannheimer Effektenbörse.

K. **Mannheim**, 19. Juli. (Drahber.) Der Verkehr war heute ruhig, die Kurse meistens etwas abgeschwächt. Geschäft war in Anilin zu 810 Prozent, Benz zu 515 Prozent, und in Gebr. Fahr-Aktien zu 600 Prozent. Ferner stellten sich Dampfkessel Rodberg 780 Geld, Dingler-Maschinen 680 Geld, Waggon Fuchs 600 bezahlt und Geld, Neckarsulmer 620 Geld, Pfälzische Nähmaschinen 530 bezahlt und Geld, Zement Heidelberg 710 Geld und Union-Werke Mannheim 480 Brief.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 19. Juli.

Bei Beginn der heutigen Börse war die Nachfrage nach ausländischen Renten teilweise recht stürmisch, so daß die Kurse erneut anziehen konnten. Im Vordergrunde standen wieder Ungarn und Türken. Auch andere ausländische Anleihen waren zu höheren Kursen gesucht. Der Devisenmarkt zeigte eine unbeständige Haltung.

Der Dollar setzte ungefähr mit 470 ein, bewegte sich dann auf 474—480 und streifte später 500.

Im freien Verkehr beschränkte sich das Geschäft auf einige Aktien. Deutsche Petroleum 2287—2300. Man nannte ferner Benz 510, Brown Boveri 380, Krügershall 690, Karstadt 250, Becker Stahl 430, Hansa Lloyd 270, Inag 400. Am Markte der fortlaufend notierten Papiere waren anfangs Montanpapiere etwas fester, Caro gewannen 44, Oberbedarf 80 Prozent, Gelsenkirchen 15 Prozent, Harpener ca. 50 Prozent, während Mannesmann erneut 40 Prozent nachgaben. Daimler anfangs gefragt, plus 5 Prozent. Riebeck-Montan angeboten. Umsätze von mäßiger Erhöhung zeigten sich für chemische Aktien, deren Kurse sich um 5—15 Prozent bessern konnten. Bei den Elektrowerten war das Geschäft lustlos. Lahmeyer und Licht und Kraft setzten je 4 Prozent höher ein. Von sonstigen Industriepapieren traten Zellstoff Aschaffenburg 45 Prozent höher in den Verkehr. Regere Umsätze verzeichneten Zuckerfabriken, höher Frankenthal 24 Prozent, Rheingau 20 Prozent, Heilbronn büßten dagegen 20 Prozent ein. Schiffahrtsaktien böckelten mäßig ab. Bankaktien bei mäßigen Umsätzen behauptet. Metallbank auf Rückkäufe um 45 Prozent gesteigert. Kreditanstalt 5 Prozent höher. Im Verlaufe traten einige Sonderpapiere durch größere Umsätze hervor. In der Hauptsache handelt es sich um Auslandspapiere. Am Einheitsmark war das Geschäft im allgemeinen still, nur für Hydrometer, Süddeutsche Drahtindustrie, Frankfurter Gas bestand regere Nachfrage.

Der Dollar stand später auf 497. Privatdiskont 5 Prozent.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 19. Juli.

In der abwartenden lustlosen Haltung der Börse, die gestern in einer ausgesprochenen Geschäftsstille zum Ausdruck gekommen ist, trat heute insofern eine Aenderung ein, als auf dem Markte der Dividendenpapiere, die zugunsten der ausländischen Rentenwerte in den Hintergrund gedrückt waren, im Zusammenhang mit der neuerlich wieder zum Durchbruch gekommenen Steigerung der Devisen mehr Unternehmungslust der Spekulation sich zeigte.

Dies bewirkte mäßige Erhöhungen des Kursstandes um 10 bis vereinzelt 30 Prozent, bei einigen Sonderpapieren auch etwas mehr. Das Publikum hält sich nach den in der letzten Zeit gemachten üblen Erfahrungen weiter abseits, sodaß die Umsätze in den zu Einheitskurs gehandelten Papieren keine größeren Kursänderungen zeitigen.

In der stürmischen Aufwärtsbewegung der ausländischen Rentenwerte ist insofern ein Stillstand eingetreten, als nach der starken Steigerung der letzten Tage für türkische, besonders aber für ungarische Werte mit Ausnahme der ungarischen Goldrente, etwas Realisationslust herrschte. Unberührt davon blieben Mexikaner, anatolische und mazedonische Prioritäten, die zum Teil der Devisensteigerung entsprechend anzogen.

Industrien.

Bruchof & Gremmels, G. m. b. H., in Karlsruhe. Die Liquidation ist beendet, die Firma ist erloschen.

Osida-Waffenwerk, G. m. b. H., in Bulach. Die Gesellschaft verlegte ihren Sitz nach Durlach.

Heinrich Kaiser Waggonbau- und Maschinenfabrik A.-G. in Offenbach a. M. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde eine Kapitalserhöhung um 3, nicht wie ursprünglich vorgeschlagen um 6 Millionen Mark genehmigt, da die mit einer Spezialmaschinenfabrik gepflogenen Fusionsverhandlungen noch nicht spruchreif sind. Die neuen Aktien werden von einem Bankkonsortium zum Kurse von 110 Prozent übernommen mit der Verpflichtung, sie den alten Aktionären im Verhältnis von 1:2 anzubieten und zwar zum Kurse von 135 Prozent.

Württembergische Läuferweberei A.-G. in Schw.-Gmünd. Die zu Beginn dieses Jahres in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Firma beantragt eine Kapitalverdoppelung auf 4 Millionen Mark, bei der noch einzuberufenden Generalversammlung. Die jungen Aktien werden von der Bankfirma L. Wittmann & Co. Komm.-Ges. in Stuttgart zu 145 Prozent mit der Verpflichtung übernommen, davon 1 Million Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 2:1 zu 160 Prozent zum Bezuge anzubieten, während die übrigen Aktien zu gleichem Kurs freihändig abgestoßen werden.

Uracher Holzwarenfabrik A.-G. in Urach. Die auf 22. Juli einberufene außerordentliche Generalversammlung ist auf den 3. August verschoben worden.

Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg. Im vergangenen Geschäftsjahr konnte die Gesellschaft einen Reingewinn in Höhe von 6 578 357 (3 694 818) Mark erzielen, aus dem sich nach Abzug der Generalunkosten von 2 712 390 (1 029 894) Mark und reichlichen Abschreibungen ein Reinerträgnis von 2 858 231 (1 759 734) Mark erübrigt. Dem Wohlfahrtsfonds werden 500 000 Mark zugewiesen, während nach Verteilung einer Dividende von 8 (5) Prozent auf die Vorzugsaktien ein Rest von 95 601 (89 231) Mark auf neue Rechnung vorgetragen wird. Auf die Stammaktien erfolgt wiederum keine Dividendenausschüttung. In der Bilanz sind Gläubiger mit 17,38 (9,36) Millionen Mark und Schuldner mit 41,05 (19,06) Millionen Mark ausgewiesen. Wie bereits mitgeteilt, wird die Generalversammlung über eine Gleichstellung von 31,12 Mill. Mark Vorzugsaktien mit 0,878 Mill. Mark Stammaktien, sowie über Neuschaffung von 2 Mill. Mark Schutzaktien zu beschließen haben.

Mineral- und Mahlwerke, Hans Förster in Nürnberg. Die Firma, welche Bundsandstein- und rote Farberde-Gruben betreibt, soll in eine Aktiengesellschaft mit 5 Millionen Mark Kapital umgewandelt werden. 3 Millionen Mark sind von der Bank für Landwirtschaft A.-G. in Berlin und von Herrn Hans Förster gezeichnet worden, während die übrigen 2 Millionen Mark freihändig verkauft werden sollen. Dem Vernehmen nach will die Leitung des Unternehmens die neuen Aktien zu einem Kurse von mindestens 160 Prozent absetzen. Es sind allerdings bereits berechtigte Zweifel aufgetaucht, ob damit ein guter Absatz erzielt werden wird. Von vorsichtigen Geschäftsleuten wurde wegen allzu optimistischer Abfassung des Prospektes bereits zur Vorsicht beim Ankauf von Aktien des Unternehmens gemahnt. Ein Kurs von 160 Prozent erscheint auch uns, da es sich hier um völlig neue Aktien eines Unternehmens, das erst seine Lebensfähigkeit beweisen muß, handelt, etwas hoch.

Uhrenfabrik vorm. L. Furtwängler Söhne A.-G., Furtwangen. Auf Antrag des Frankfurter Bankhauses M. Hohenemser sind M. 4.98 Mill. Stammaktien des Unternehmens zur Frankfurter Börse zugelassen worden. Welcher Betrag für die Einführung zur Verfügung steht und zu welchem Kurse sie in Aussicht genommen ist, wurde bisher nicht bekannt gegeben. Es handelt sich um die bis zum Mai 1921 ausgegebenen Inhaber-Aktien. Die Kapitalserhöhung im Mai 1921 betrug M. 3½ Mill., wovon den Aktionären M. 1½ Mill. zu 115 Proz. angeboten wurden, während die restlichen M. 2 Mill. von dem Industrie-Konzern Schiele & Bruchsaler in Baden-Baden zu 115 Proz. übernommen wurden. Im Dezember 1921 wurden weitere M. 3 Mill. Aktien ausgegeben, die ebenfalls und zwar zu 150 Proz. der Firma Schiele & Bruchsaler in Baden-Baden überlassen wurden, zu deren Konzern die Gesellschaft mithin gehört. Das Agio von M. 1½ Mill. floß in die Reserve, die nunmehr M. 2.10 Mill. beträgt bei M. 8 Mill. Aktienkapital. Neben der Herstellung von Präzisionsuhren usw., hat die Gesellschaft die Fabrikation einer durch verschiedene Patente geschützten Schreibmaschine und die Herstellung feiner Holzwaren aufgenommen. Im Jahre 1920 wurde eine 5proz. zu 102 Proz. rückzahlbare Anleihe von M. 4 Mill. begeben. An Dividenden verteilt die Gesellschaft in den fünf letzten Geschäftsjahren je 15 Prozent, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß sich diese Ausschüttung bis zum Jahre 1918/19 nur auf ein Aktienkapital von M. 320 000 bezog und auch für 1920/21 nur ein Durchschnittskapital von M. 3 Mill. dividendenberechtigt war, während sich seitdem das Kapital, wie bereits erwähnt, auf M. 8 Mill. erhöht hat. Der Auftragsbestand hatte am 28. Februar 1922 eine Höhe von M. 13.28 Mill. Mit Rücksicht darauf werden die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres als günstig bezeichnet, da auch der Absatz der Schreibmaschinen guten Erfolg verspreche.

Internationale Eisenbahnbestellungen. Nach einer Mitteilung des „Deutschen Handelsdienstes" befindet sich eine estnische Eisenbahn-Kommission gegenwärtig auf einer Auslandsreise in Deutschland, um hier Bestellungen für Lokomotiven und Motorwagen unterzubringen. Es sollen auch Inneneinrichtungen für Waggons gekauft werden. — Bemerkenswert ist daneben der Umstand, daß die Reichseisenbahnverwaltung Oberbau-Material und Bleche in erheblichem Umfange im Auslande (namentlich in Frankreich und Lothringen) bestellt, weil die deutsche Erzeugung so gering ist, daß eine prompte Belieferung der Reichseisenbahn den größten Schwierigkeiten begegnet.

Banken.

Bayerische Handelsbank in München. Im vergangenen Geschäftsjahr erzielte das Bankinstitut einen Betriebsgewinn von 3 608 933 (3 011 810) Mk., aus dem sich nach Abzug der Generalunkosten von 7,68 (6,13) Millionen Mark und nach Zuweisung von 10,22 (7.82) Millionen Mark an die Wirtschaftsgemeinschaft ein Reingewinn von 7 114 771 Mark erübrigt. Die auf 29. Juli einberufene Generalversammlung wird über eine Verteilung von 10 Prozent Dividende zu beschließen haben. Den Rückstellungen werden 2,10 (3,245) Millionen Mark zugewiesen und 328 421 (332 307) Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Die Generalversammlung wird ferner über eine Erhöhung des Aktienkapitals von 44,5 auf 50 Millionen Mark durch Ausgabe von 5,5 Mill. Mark für das laufende Geschäftsjahr voll dividendenberechtigter Inhaberstammaktien Beschluß zu fassen haben.

Bankgemeinschaft Darmstädter Nationalbank. Nach erfolgter Wahl setzt sich der Vorstand des ersten Aufsichtsrates wie folgt zusammen: Als erster Vorsitzender wurde Geheimerat Rießer, als zweiter Vorsitzender Geheimerat Wittig bestimmt.

Märkte.

K. **Vom Mannheimer Chemikalienmarkt.** Die Stimmung am Chemikalienmarkte ist weiter recht fest. Die Verkäufer verhalten sich infolge der unsicheren Lage auf den Devisenmärkten abwartend. Die Nachfrage dagegen ist fortgesetzt recht rege. Angeboten waren: Leinölfirnis, Ia, inkl. Holzbarrel, 1100 M., Terpentinöl, Ia Deutsch, gar. rein, exkl. Leiheisenfaß, 13 350 M., Natur Vaselin, amerik., inkl. Faßpackung, 6300 M., Ammon. carbonic., pulv. (Hirschhornsalz), inkl. Faßpackung 2300 M., Bleizucker, dreif. raff., weiß, inkl. Originalfaßpackung, 6200 M., Chlorkalium 50/52 Prozent, inkl. Sackpackung, 400 M., Chlormagnesium, geschmolzen, inkl. Faßpackung, 675 M., Natronsalpeter, pulv., dopp. raff., für Genußzwecke, exkl. Großfaß (310 Mark pro Faß), 2450 M., Oxalsäure, krist., 98/99 Prozent, handelsübliche Ware, exkl. Verpackung, 4500 M., Paraffin, weiß, in Tafeln, amerik., 52/54° C., inkl. Sackpackung, 4000 M., Formaldehyd, 30 Proz. Gew., exkl. Korbflasche, 6800 M., Chlormagnesium, krist., inkl. Faß mit ca. 300 kg Inhalt, 760 M., Salmiak, weiß, klein krist., 98/100 Prozent, inkl. Faßpackung 3600 M., Eisenvitriol, krist., handelsübliche Ware, inkl. Sackpackung. 620 M., alles gegen netto Kasse, je 100 kg, ab Lager oder Nähe Mannheim. Quecksilber, handelsübliche Ware, in Flaschen von ca. 34½ kg, stellte sich ab hiesigem Lager, exkl. Leiheisenflasche, die mit 50 M. pro Stück berechnet werden, auf 720 M. das Kilo.

Kapitalerhöhungen.

Stella A.-G. in Oos. Die von der Generalversammlung am 13. Mai beschlossene Kapitalserhöhung von 1,25 auf 2,5 Millionen Mark ist jetzt durchgeführt. Die neuen Aktien sind schon sämtliche gezeichnet worden.

C. Trömers Universitätsbuchhandlung (Ernst Harms), G. m. b. H. Freiburg. In der Gesellschafterversammlung am 20. April d. J. wurde das Stammkapital von 104 000 auf 156 000 Mark erhöht. Die Erhöhung ist durchgeführt.

Elektra-Grenzach, G. m. b. H., in Grenzach. Laut Gesellschafterbeschluß vom 11. April d. J. erhöhte die Gesellschaft ihr Stammkapital um 20 000 auf 45 000 Mark. Die Erhöhung ist durchgeführt.

Eisenwerke Gaggenau A.-G. in Gaggenau. Laut Generalversammlungsbeschluß vom 5. Juli erhöhte die Gesellschaft ihr Grundkapital um 12,5 auf 25 Millionen Mark, eingeteilt in 24 Millionen Mark Stamm- und 1 Million Mark Vorzugsaktien. Die neuen Aktien wurden zu 210 als Stamm- und zu 100 Prozent als Vorzugsaktien abgestoßen.

Spinnerei und Weberei Todtnau, G. m. b. H., in Todtnau. Die Gesellschaft erhöhte laut Gesellschafterbeschluß vom 20. März das Stammkapital auf 1 Million Mark.

Neugründungen.

Badische Tabakbau- und Verwertungs-A.-G. in Kork (Baden). Diese neue Aktiengesellschaft wurde mit einem Grundkapital von 24 Millionen Mark, eingeteilt in 24 000 Stück Inhaberstammaktien zu je 1000 Mark, gegründet und bezweckt die Herstellung und den Vertrieb von Tabakwaren aller Art, sowie alle damit in Verbindung stehenden Geschäfte. Der Vorstand setzt sich aus Direktor Karl Lasch-Bodersweier, Direktor Friedrich Zimmer III-Linx und Direktor Karl Bläß-Kehl zusammen. Den ersten Aufsichtsrat bilden Fabrikant Kiefer-Kork, Landwirt Hoß 16-Kehl, Bankdirektor Scheck-Kehl, Landwirt Adam-Altenheim, Landwirt Manßhardt-Bodersweier, Landwirt Friedrich Cramp 10-Diersheim, Landwirt Lind-Freistett, Landwirt Adolph-Hesselhurst, Bürgermeister Zimpfer-Heidelberg, Landwirt König-Kork, Landwirt Lauck-Linx, Landwirt Pfotzer-Willstätt, Landwirt Kientz 10-Scherzheim, Bürgermeister König-Urloffen, Landwirt Broß-Windschläg.

Union, Brennerei A.-G. in Kehl. Mit einem Grundkapital von 20 Millionen Mark wurde die Gesellschaft neugegründet und bezweckt die Herstellung und den Vertrieb von Spirituosen aller Art, sowie den Betrieb aller damit zusammenhängender Geschäfte.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	18. Juli	19. Juli
Badische Bank	535.—	—.—
Darmstädter Bank	271.ex	270.—
Deutsche Bank	490.—	488.—
Diskonto Commandit	396.—	390.—
Dresdener Bank	294.—	292.—
Mitteld. Creditbank	249.—	284.—
Oesterr. Länderbank	54.—	55.50
Pfälzische Bank	—.—	49.—
Rheinische Creditbank	230.—	224.—
Südd. Diskonto-Ges.	295.—	—.—
Wiener Bankverein	48.—	53.—
Württbg. Notenbank	570.—	560.—
Ottomanbank	1200.	—.—
Bochumer Gußstahl	—.—	1240.
Gelsenkirchen	1150.	1185.
Harpener	2210.	2268.
Laurahütte	—.—	—.—
Aschaff. Zellstoff	850.—	900.—
Grün & Bilfinger	565.—	550.—
Zementw. Heidelberg	735.—	710.—
Bad. Anilin	802.—	802.—
Scheideanstalt	1040.	1025.
Höchster Farben	728.—	734.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	365.—	369.—
Gebr. Junghans	450.—	440.—
Adler & Oppenheimer	—.—	1448.
B. Masch. Badenia	520.—	550.—
Maschfabr. Durlach	—.—	801.—
Maschfabr. Gritzner	1390.	1400.
Haid & Neu	760.—	—.—
Maschfabr. Karlsruhe	825.—	810.—
Oberursel	600.—	—.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	450.—	469.75
Elsässer Baumwolle	—.—	975.—
Spinnerei Ettlingen	—.—	—.—
Uhrenfabr. Furtwang.	920.—	920.—
Waggon-Fabrik Fuchs	600.—	600.—
Zellstoff Waldhof	685.—	700.—
Zuckerfabr. Waghäusel	710.—	702.—
Zuckerfabr. Frankenth.	675.—	693.—
Benz Motoren	510.—	520.10
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—
Rütgers-Werke	685.—	697.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	18. Juli	19. Juli
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	—.—	—.—
5% III „ „	101.50	—.—
4½ IV—V „	87.30	87.30
4½ VI—IX „	73.60	73.60
4½ 1924er „	94.90	75.—
5% Deutsch. Reichsanl.	75.50	77.50
4% „ „	119.—	118.50
3½% „ „	92.40	92.40
3% „ „	186.—	190.—
Deutsche Prämienanl.	79.60	79.50
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 1922	99.50	99.50
4% Preußische Konsols	73.50	79.—
3½% „ „	67.90	67.40
3% „ „	77.50	77.10
4% Bad. Staatsanl. 08/14	72.—	72.—
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	440.—	441.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	1500.	1700.
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	1580.	1560.
Deutsch-Australien	525.—	527.—
Hamburger Paketfahrt	446.—	445.—
Hambg.-Südamerika	778.—	745.—
Hansa D.-Schiffahrt	387.—	380.—
Norddeutscher Lloyd	329.—	328.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	524.—	527.—
Darmstädter Bank	272.—	271.—
Deutsche Bank	492.—	490.—
Diskonto-Commandit	393.—	393.50
Dresdener Bank	295.—	293.—
Nationalbank	290.50	275.ex
Oesterr. Credit	55.75	59.—
Reichsbank	204.—	201.50

Industrie-Papiere	18. Juli	19. Juli
Accumulatoren	1100.	1140.
Adlerwerke	481.—	495.—
Alexanderwerke	445.—	440.—
A. E. G.	720.—	732.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1651.	1665.
Augsburg-Nürnberg	869.—	897.—
Badische Anilin	806.—	820.—
Bergmann Elektrizität	560.—	568.—
Berl. Anh. Maschinen	558.—	550.—
Berliner Maschinen	1005.	1020.
Bing Nürnberg	519.75	518.—
Bismarckhütte	—.—	1825.
Bochumer Guß	1160.	1245.
Gebrüder Böhler	—.—	2650.
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	699.—	705.—
Chem. Grießheim	805.—	802.—
Chem. Albert	1530.	1525.
Daimler Motoren	424.—	425.—
Dessauer Gas	568.—	565.—
Deutsch-Luxemburg	1091.	1111.
D. Eisenbahn S. W.	505.—	500.—
Deutsch Erdöl	—.—	—.—
Deutsches Kali	1875.	1860.
Deutsche Waffen	1489.	1485.
Deutsch Eisenh.	550.—	565.—
Dynamit Trust	692.—	700.—
Elberfelder Farben	720.—	725.—
Eschweil. Bergwerke	840.—	—.—
Feldmühle Papier	610.—	620.—
Felten & Guilleaume	810.—	815.—
Filter Brautechnik	1805.	1800.
Gaggenau	830.—	820.—
Gasmotoren Deutz	—.—	—.—
Gelsenkirchen	1189.	1205.
Genschow	598.—	600.—
Goldschmidt	890.—	890.—
Gritzner Maschinen	1440.	1400.
Hannover Maschinen	3700.	4000.
Hannover Waggon	660.—	680.—
Harpener	2220.	2240.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	845.—	850.—
Höchster Farben	720.—	730.—
Hösch Eisen	1310.	1296.

	18. Juli	19. Juli
Hohenlohe	730.—	740.—
Kali Aschersleben	1075.	1055.
Maschfabr. Karlsruhe	810.—	805.—
Ver. Köln.-Rottweil	816.—	835.—
Kostheimer Cellulose	840.—	—.—
Kyffhäuser	420.—	430.—
Lahmeyer Co.	394.—	400.—
Laurahütte	2050.	2230.
Lindes Eismaschinen	660.—	650.—
Ludwig Löwe	970.—	995.—
Lothringer Zement	731.—	755.—
Mannesmann	1025.	1095.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	876.—	891.—
Oberschl. Eisenindustr.	666.—	669.—
Oberschl. Kokswerke	1600.	—.—
Orenstein & Koppel	1062.	1065.
Phönix Bergwerke	1270.	1320.
Rheinisch Metall	401.—	375.—
Rheinisch Stahl	1120.	1140.
Rombacher Hütte	525.—	530.—
Rütgerswerke	685.—	678.—
Sachsenwerke	510.—	510.—
Schuckert & Co.	716.—	708.—
Siemens & Halske	1040.	1040.
Sinner Brauerei	639.—	640.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1484.	1490.
Stollberger Zink	1170.	1160.
Türkischer Tabak	—.—	—.—
Varziner Papier	750.—	770.—
Vereinigt. D. Nikel	1245.	1245.
Vereinigt. Glanzstoff	2350.	2395.
Vereinigt. Stahl Zypen	3950.	3950.
Wanderer Fahrrad	1440.	1485.
Westeregeln Alkali	1440.	1430.
Zellstoff Waldhof	728.—	712.—
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	2350.	2350.
Pomona	12500.	13500.
Kollmar & Jourdan	1180.	1180.
Hacketal Draht	640.—	620.—
Lothringer Hütten	875.—	868.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 19. Juli.

	18. Juli. Geld	18. Juli. Brief	19. Juli. Geld	19. Juli. Brief
Antwerpen-Brüssel	3776.20	3704.40	3901.—	3909.—
Holland	18556.4	17834.6	19355.60	19395.40
London	2120.30	2124.70	2212.70	2217.30
Paris	3983.50	3991.50	4135.80	4144.20
Schweiz	9253.20	9271.80	9465.50	9484.50
Spanien	7452.50	7467.50	7642.30	7657.70
Italien	2197.80	2202.20	2297.70	2302.30
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	10289.7	10310.3	10526.90	10548.10
Norwegen	7967.—	7983.—	8116.80	8133.20
Schweden	12437.5	12462.5	12662.30	12687.70
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	480.50	481.50	487.—	488.—
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.30½	1.34½	1.43	1.47
Budapest	36.58½	36.66½	37.21	37.29
Prag	1068.90	1071.10	1088.90	1091.10

w. Berlin, 19. Juli.

	18. Juli. Geld	18. Juli. Brief	19. Juli. Geld	19. Juli. Brief
Rotterd.-Amsterd.	18626.65	18673.3	19275.55	19354.1
Brüssel	3795.25	3804.75	3845.10	3904.90
Christiania	7990.—	8010.—	8189.75	8210.25
Kopenhagen	10287.10	10312.9	10661.65	10688.3
Stockholm	12459.40	12490.6	12808.95	12841.0
Helsingfors	983.75	986.25	1048.65	1051.95
Italien	2197.25	2202.75	2267.15	2272.85
London	2134.80	2140.20	2197.25	2202.75
Newyork	480.89	482.11	489.38	490.62
Paris	3995.—	4005.—	4149.80	4160.20
Schweiz	9198.45	9221.55	9388.25	9411.75
Spanien	7400.70	7419.30	7565.50	7584.50
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.28	1.32	1.28	1.32
Prag	1076.65	1079.35	1115.60	1118.00
Budapest	36.20	36.30	37.70	37.80
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	304.60	305.40	314.60	315.40
Buenos-Aires	—.—	—.—	177.25	177.75
Japan	228.—	229.—	232.—	233.—
Rio de Janeiro	64.91	65.09	66.16	66.34

Abenddevisen.

Frankfurt, 19. Juli.

Brüssel	3950	Paris	4150
Holland	19300	Italien	—
London	2200	Newyork	493
Schweiz	—		

Tendenz: befestigt.

w. Zürich, 19. Juli.

	18. Juli	19. Juli
Holland	202.60	202.75
Deutschland	1.12	1.07½
Wien	0.01½	0.01½
Prag	11.70	11.65
Paris	43.60	44.—
London	23.20½	23.20
Italien	24.—	24.35
Brüssel	41.25	41.75
Budapest	0.41	0.39½
Newyork	521.50	520¾
Agram	1.52½	1.52½
Warschau	0.09½	0.09½
Kopenhagen	112.—	112.—
Stockholm	135.50	135.50
Christiania	86.10	86.50
Madrid	80.50	81.—
Buenos-Aires	186.50	186.50
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	(a) vorbörsl.	(b) nachbörsl.
Holland	179—199	188—198
Schweiz	8850—9800	9300—9800
Paris	3950—4300	4100—4300
Belgien	3800—4100	3900—4100
London	2050—2270	2160—2260
Neuyork	460—510	485—508
Italien	2200—2400	2300—2400
	Tendenz schwankend.	Tendenz: schwankend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg